

Posener Tageblatt

Das Polnische Einkommensteuer Gesetz
in deutscher Übersetzung
hilft über alle Schwierigkeiten hinweg.
Preis zu 7.50.
Zu haben in allen Buchhandlungen.

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 Zl., in den Aus-
abestellen 5,25 Zl., Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 Zl., Ausland 8 Km
inschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 Zl., mit Wustr. Beilage 0,40 Zl.
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtegspaltene Millimeterzeile
17 gr., im Textteil die viergspaltene Millimeterzeile 75 gr.
Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Zuschlag. — Bei höherer
Verwalt., Betriebsförderung, oder Arbeitsniederlegung besteht kein An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an
bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann
nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge
unbeachtlichen Manuskriptes. — Anschrift für Auftragsaufträge: Posener
Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fern-
sprecher: 6275, 6105. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 213822
(Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutsch-
land: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schrift-
leitung des Posener Tageblattes“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten.
— Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań.



70. Jahrgang

Freitag, 23. Januar 1931

Nr. 18

Starke Wirkung Dr. Curtius und seine Reden Minister Zaleski antwortet

(Telegramm unseres eigenen Berichterstatters.)

P. R. Genf, 22. Januar.

Der gestrige Tag brachte den Auftakt über die
oberschlesische Frage. Die Rede des deutschen
Außenministers Dr. Curtius machte einen
ausgezeichneten Eindruck in ihrem sachlichen
Ton und ihrer ruhigen Form, unter schar-
fer Betonung des gut juristisch fundierten In-
halts. Die einzelnen Details waren auf der
ganzen Linie nicht vergessen, die zwischen den
Zeilen zu lesen waren und auf die Formel zu
bringen sind, entweder Erfüllung der Ver-
träge oder Revision der Verträge. Selbst-
verständlich betonte Curtius immer wieder, daß
Deutschland nie daran denke, seine
Wünsche mit anderen als friedlichen Mit-
teln durchzusetzen. Zaleskis Antwort auf die
erste Curtius-Rede war nicht schlecht. Er ope-
rierte mit dem Vergleich Stahlhelm—
Auständischer Verband, da er genau
weiß, daß das Wort Stahlhelm auf seine Freunde
wie ein rotes Tuch wirken mußte. Jedoch der
Vergleich zwischen Grajński und Hinden-
burg wurde sofort als Entgleisung aufgefaßt,
insbesondere von dem angelsächsischen Ver-
treter.

Der Eindruck der zweiten Rede Curtius' war
noch stärker als der ersten Rede. Die Zurück-
weisung des Vergleichs Stahlhelm—Auständi-
scher Verband war durchaus einleuchtend.
Die scharfe Zurückweisung des Angriffs Zaleskis
auf Hindenburg wirkte außerordent-
lich stark. Curtius erschien selbst sichtlich
empört darüber, daß der alte Hindenburg
in die Sache hineingezogen werde. Er
betonte, daß dies nicht üblich sei, den
Staatspräsidenten aus polemischen
Gründen in eine derartige Debatte
hineinzuziehen.

Die drei Thesen, die zwischen den Zeilen dieser
zweiten Rede deutlich herortraten, welche aber
auch vorsichtig und diplomatisch betont
wurden, können folgendermaßen zusammengefaßt
werden.

Grajński wurde als der Geist der Verneinung
der deutsch-polnischen Verständigung in der Min-
derheitenfrage bezeichnet. Es war klar, daß da-
mit die deutsche Regierung betonen wollte, die
erste Bedingung für eine Verständi-
gung in dieser Frage sei der Rücktritt Graj-
ński's. Der Hinweis auf den Auständischen
Verband, der vor allem an dem Bruch der Ver-
träge schuld sei, konnte nur so gedeutet werden,
daß die Genugtuung für Deutschland darin be-
stehen müßte, daß der Auständischenverband auf-
gelöst wird. Die dritte These, die die deutsche
Delegation vertritt, die aber noch nicht ausge-
sprochen worden ist, und auch in der zweiten
Rede Curtius' nur schwach zum Ausdruck kam,
war die internationale Untersuchungskommission.
Die Antwort Zaleskis auf die zweite Rede
war kurz und schwach. Sie überraschte nicht,
da man in Genf weiß, daß Zaleski kein großer
Redner ist und, durch die vielen Argumente des
deutschen Außenministers und dessen lange, aus
dem Stegreif gehaltene Rede, sehr er-
staunt war, nicht so schnell antworten
konnte.

Die Aussichten der deutschen Klagen werden
sehr verschieden beurteilt. Sie sind
vor allen Dingen deshalb unübersichtlich,
weil eine derartige Diskussion über prinzi-
pielle Fragen in Genf zum ersten Male
vorkommt. Es wird vor allem interessant sein,
zu hören, was die anderen im Verlauf der
Debatte sagen werden, vor allen Dingen, wer
überhaupt zu reden gedenkt. Die
deutsche Regierung hat bekanntlich keine For-
derung beantragt.

Es ist noch fraglich, ob irgendjemand von den
neutralen Staaten oder den Großmäch-
ten eine entsprechende Forderung zur Beilegung
des Konflikts zu stellen bereit ist. Polens An-
wort war insofern geschickt, als sie versuchte, die
deutsche Forderung abzubiegen, indem sie die
Forderung des Volksbundes von vornherein
erfüllte. Dieses Entgegenkommen scheint
offenbar nach französischem Rat vorge-
nommen worden zu sein. Deshalb herrscht auch
in französischen Kreisen die Ansicht vor, daß
Polen nicht ungünstig abzuweichen
wird. In deutschen und deutschfreundlichen Krei-
sen, jedoch auch bei den Engländern, hält

man den Umstand, daß Polen schon gewisse Zu-
geständnisse gemacht hat und die Verletzung der
oberschlesischen Konvention zugab, als eine
günstige Verhandlungsbasis.
Zum ersten Male trat Deutschland in Genf
mit einer Festigkeit auf, aus der sich schließen
läßt, daß Curtius der Stimmung im Reich fest
bleibe und fest bleiben müsse. Sollte die De-
batte nicht zur Zufriedenheit Deutschlands aus-
fallen, so dürfte der Außenminister mit aller
Festigkeit betonen, daß Deutschland den Bericht
nicht annehmen wird, falls er die deutschen
Forderungen nicht gerecht behandelt und nicht
volle Genugtuung für die Verletzung der Genfer
Konvention vorzieht.

Bezeichnend ist, daß in den Wandelgängen
offen die Möglichkeit des Austritts
Deutschlands aus dem Völkerbund
in Zukunft diskutiert wird. Ein der-

Außenminister Zaleski spricht

Leider bleibt es uns versagt, unseren Lesern
einen vollständigen Bericht über die Vor-
gänge in Genf zu geben, da wir unsere Zeitung
nicht der Gefahr aussetzen wollen, neue Beschlag-
nahmen zu erleben. Wir bringen nachstehend
die Rede des polnischen Außenmini-
sters Zaleski, die er als Antwort auf die
Rede von Dr. Curtius gegeben hat. Nach
dieser Rede sprach bekanntlich auch wieder Dr.
Curtius — dessen Rede wir ebenfalls aus den
bekannten Gründen nicht bringen können —
und hierauf ergriff noch einmal Außenminister Za-
leski das Wort, worauf die Debatte geschlossen
wurde. Wir hoffen, daß unsere Leser auch aus
diesem Sachverhalt, den ungefähren Vor-
gang in Genf erkennen werden.

polnische Außenminister Zaleski

nahm die Eingabe des Volksbundes
als Basis der Erörterungen auf und Ausschäl-
tung der deutschen Eingaben, auf die er sich ledig-
lich dann bezog, wenn sie ihm einen passenden
Gegenstand darzubieten schienen. Er nahm dann
zum Schluß die drei Konklusionen der
Volksbundes-Denkschrift grundfänglich an,
bemerkte aber zu der dritten, daß eine Sonder-
stellung der Auständischen-Organisationen in
Schlesien überhaupt nicht bestehe. Es bleibt
insfolgedessen übrig Punkt 1 und 2, der nach der
polnischen Auslegung nunmehr nichts anderes
bedeuten würde, als daß solche Ausschreitungen,
die vorgekommen sind, vor den polnischen
Gerichten ihre Erledigung finden wer-
den.

Nachdem Zaleski erklärt hatte, er werde die
Volksbundes-Denkschrift als Basis seiner
Aussführungen benutzen, ging er zur Unter-
suchung der Frage über, weshalb die Stellung
der deutschen Minderheiten, die sich nach Angabe
des Volksbundes bis 1930 günstig entwickelt habe,
plötzlich verschlechtert worden sei. Er findet
den Grund in den Treviranus-Reden und
gibt hier sofort dem deutschen Außenminister eine
Antwort auf seine Erklärungen zu der Revi-
sionspolitik, indem er ausdrücklich darauf
hinweist, daß Curtius ja diese Revisionstendenzen
bestätigt habe und daß derartige Erklärungen
nur die Atmosphäre vergiften könnten
und man mit ihnen den Minderheiten einen
schlechten Dienst leiste. Er geht dann zu
einem ausführlichen Vergleich der Lage der po-
lischen Minderheiten in Deutschland mit der der
deutschen Minderheiten in Polen über und wieder-
holt hier jene Argumente, daß die Stellung der
polnischen Minderheiten in Deutschland
weit schlechter sei als die in Polen, wobei
er bemerkt, daß ja außerdem die deutsche Mi-
nderheit in Deutschland einen solchen Schutz
nicht genießt.

Zaleski will dann zwei Reihen von Tat-
sachen untersuchen: erstens die Beschuldigung,
die man gegen die polnische Verwaltung
erhebt, und zweitens die Terrorakte, deren
sich die auständische Organisation schuldig ge-
macht haben soll. Was den ersten Punkt anbe-
langt, so hörte man nicht, daß Zaleski sich mit der

artiger Austritt würde unserer Ansicht nach nur
dann in Betracht gezogen werden, falls Curtius
gestürzt und ein Außenminister der weite-
ren Rechten ans Ruder gelangt. Es
ist jedoch zu erwarten, daß Frankreich und Eng-
land außerordentlich vorsichtig verfahren und
im gewissen Sinne den deutschen Wünschen
entgegenkommen, da hier vor allem der
Wunsch herrscht, Europa in Ruhe zu er-
halten, und es gleichwohl im Völkerbunde
Mächte gibt, die es ganz gern sehen würden,
wenn Deutschland austritt und wenn damit
das deutsch-französische Verhältnis eine Verschlech-
terung erfährt. Vor allem würden die Ita-
liener wohl nicht zufrieden sein, falls Deutsch-
lands Austritt aus dem Völkerbunde erfolgt und
damit der erste Schritt gemacht wird zu einem
Verfall der noch nicht sehr starken, aber täglich
doch in ihrer Bedeutung wachsenden europäischen
Solidarität.

Außenminister Zaleski spricht

Haltung der Behörden beschäftigte. Seine Dar-
stellung untersuchte in keinem Fall das Verhalten
der Behörden.
Er gab dann zu, daß bestimmte unangenehme
Zwischenfälle sich ereignet hätten. Aber diese
Zwischenfälle seien alsbald Gegenstand einer
gerichtlichen Untersuchung geworden,
und zahlreiche Bestrafungen seien auch
erfolgt. Es habe sich in Polen gehandelt
keineswegs um einen Kampf der polnischen Ma-
jorität gegen die deutsche Minorität, sondern um

Gestern nachmittag ist auf Anordnung
des Posener Polizeidirektors, Dr. Drost,
das „Posener Tageblatt“ in den
Abendstunden beschlagnahmt worden,
und zwar wegen der Rede des deutschen
Außenministers Dr. Curtius, die dieser
vor dem Völkerbundsrat in Genf gehalten
hat. Die Rede war eine auszugswürdige
Wiedergabe, und heute sollte die Fortsetzung
folgen. Wir bringen aus den obigen Grün-
den die Fortsetzung nicht und beschränken
uns nur auf eine ganz vorsichtige Wieder-
gabe der Gesichtspunkte, die uns unser
Berichterstatter telegraphiert hat. Wir be-
dauern sehr, daß wir unsere Bericht-
erstattspflicht nicht erfüllen können.
Die beschlagnahmte Zeitung wird unseren
Lesern, ohne die Rede von Dr. Curtius,
nachgeliefert.

Redaktion „Posener Tageblatts“.

den Kampf zweier politischer Par-
teien, von denen die eine die Revision der po-
lischen Verträge wünschte, während die andere
diese Revision ablehnte. In diesem Wahl-
kampf sei eine Reihe von Zwischenfällen vorge-
kommen, man habe ja aber auch in Deutsch-
land bei dem letzten Wahlkampf erfahren, wie
stürmisch Wahlkämpfe unter Umständen
verlaufen, und in Deutschland habe man sich lei-
neswegs nur auf einen lebenswürdigen Mei-
nungsaustausch im Verlauf des Wahlkampfes be-
schränkt.
Zaleski unternimmt dann den Versuch, die
Zwischenfälle zu enttrüben.
In der großen Mehrzahl wäre ihr Charakter
derart, daß sie vor den Dorfrichter gehörten,
und der Rat könne sich unmöglich dazu hergeben,
den Dorfrichtersrichter zu spielen. Einzelne
schwerere Fälle seien vor die Staatsanwaltschaft
gebracht worden, aber im ganzen gingen die
Zwischenfälle weder in den Ernst des einzelnen
Falles noch in ihrer Anzahl über die Ausschrei-
tungen hinaus, wie sie überall vorkämen.

Was das Ergebnis aller Wahlbeeinflussungs-
versuche anbelangt, so erklärte Zaleski, daß im
ganzen kaum mehr als 4000 und einige hundert
Angehörige der deutschen Minderheit ihres Wahl-
rechtes beraubt worden wären. Wenn man den
Rückgang der deutschen Stimmen auf Wahlterror

Heute:

- Politik:**
 - Dr. Curtius und seine Reden.
 - Aussenminister Zaleski spricht.
 - Was Boncour und Loquin dachten.
 - Eine Erklärung des Fürsten Radziwill.
 - Ernste Kritik.
 - Glossen.
- Wirtschaft:**
 - Zum russischen Dumping.
- Aus aller Welt:**
 - Das Werk der Japaner auf Formosa.
 - Deutsche und Engländer.
 - Die nationalen Minderheiten.
- Aus Stadt und Land:**
 - Was wird aus dem Hotel Polonia?

zurückführe, wie sei denn zu erklären, daß in
solchen Distrikten, wo von Terror keine Rede
gewesen sei, die deutschen Stimmen den größ-
ten Rückgang erfahren hätten. Was die
Stellung der Auständischen-Organisationen in
Polen anbelangt, so erklärte Zaleski, daß in ihr
keineswegs eine bestimmte politi-
sche Richtung verkörpert sei, sondern daß sie nur
allgemeinrationale Ziele verfolge. Solche
Organisationen gebe es ja in Deutschland auch,
und Deutschland kenne ja genau die Organisation
des Stahlhelms, und wenn man Polen zum
Vorwurfe mache, daß der Wojewode Ober-
ehrenpräsident dieser Organisation sei, so sei
Hindenburg auch Ehrenvorsitzender des
Stahlhelms. Im übrigen habe die polnische Auf-
klärungsorganisation Verleumdungsan-
klagen gegen den „Deutschen Volksbund“ einge-
reicht, und der „Deutsche Volksbund“ könne ja
nun vor dem Richter das Material vorlegen, das
er zum Beweise für die Uebergriffe dieser Auf-
ständischenorganisation in Händen habe.

Zaleski schließt mit dem Bedauern über die
Zwischenfälle, die sich wirklich ereignet hätten,
und erklärt, Polen werde alles tun, um die Ver-
bindung zwischen Minderheit und Mehrheit zu
fördern.

Die Pariser Presse zu den Reden Curtius—Zaleski.

Paris, 22. Januar. (R.) Die Morgenpresse
berichtet eingehend über die gestrigen Ver-
handlungen des Völkerbundsrats in der Ange-
legenheit der vom Reichsaußenminister Dr. Curtius
wegen der Vorfälle in Oberschlesien erhobenen
Beschwerde. Allgemein wird die ritterliche
Art anerkannt, mit der Dr. Curtius
seine gutbegründeten Anträge gegen Polen
geltend gemacht habe. Allgemein wird
auch der Erwartung Ausdruck verliehen, daß
heute eine Deutschland befriedigende
Form gefunden werde, um der Kontro-
verse ein Ende zu bereiten, oder sie doch in eine
Bahn zu lenken, die der Atmosphäre in
Genf entspreche.

Der in Genf weilende Chefredakteur des
„Petit Parisien“ schreibt, der Waffengang
zwischen Reichsaußenminister Dr. Curtius und
dem polnischen Außenminister Zaleski habe in
keinem Augenblick das Ansehen
eines Duells auf Leben und Tod an-
genommen. Die beiden Männer hätten
unverändert eine fast akademische
Haltung bewahrt. Curtius habe entgegen den
Aufforderungen der Nationalsozialisten seinem
Talent nicht Gewalt angetan. Er habe das
Zaghorn, ja sogar die kleine Trompete in
der Garderobe gelassen.

Der in Genf weilende Außenpolitiker des
„Petit Journal“ meint, angesichts der
Atmosphäre, die gestern in Genf geherrscht habe,
sei es nicht erstaunlich gewesen, daß der
deutsch-polnische Konflikt über die Zwischenfälle
in Oberschlesien gemildert wurde.

Es ist nicht möglich.

London, 22. Januar. (R.) „News Chronicle“
schreibt u. a.: Deutschland ist durch seine Zuge-
hörigkeit zum Völkerbund und durch die
Autorität, die es in Genf gewonnen hat, in
eine Stellung gelangt, die es unmöglich macht,
noch länger seinen Beschwerden auszuweichen
oder es unter das Niveau der anderen euro-
päischen Staaten zu drücken.

Glossen.

Minderheitenbloß Unter dem Deutsch- oder Einzelvorgehen der Minderheiten in Rumänien. Unter dem Deutsch- tum in Rumänien besteht darüber Uneinigkeit, ob die Interessen der Minderheiten durch einen gemeinsamen Minderheitenbloß oder durch das Einzelvorgehen jeder Minderheit wahrzunehmen seien. Ueber diese Frage scheint unter den Deutschen jetzt eine neue Auseinandersetzung entbrannt zu sein, die dieses Mal größere Wellen schlagen dürfte. Der Abg. Brandisch, einer der bedeutendsten Führer des Deutschums in Rumänien, ist, wie er eben dem Vertreter einer in Rumänien erscheinenden magyarischen Zeitung gegenüber äußerte, für das Einzelvorgehen. Abg. Brandisch verlangt ein allgemeines Minderheitengesetz und für die einzelnen Minderheiten eventuell Spezialgesetze, die sich nach den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen richten müssen. Seine Forderung begründet Abg. Brandisch mit der zwischen der deutschen und magyarischen Minderheit bestehenden Verschiedenheit politischer Interessen, weil u. a. die magyarische Minderheit andere Wünsche, darunter zum Beispiel Grenzrevisionen, habe. Diese beabsichtigte Trennung der Minderheiten in verschiedene Gruppen ruft nun in deutschen Kreisen Rumäniens, die dem Abg. Brandisch vorwerfen, sich nicht an bestehende Beschlüsse der Deutschen Partei in Rumänien gehalten zu haben, starken Widerspruch hervor. Die magyarischen Zeitungen und Minderheitenführer in Rumänien laufen Sturm gegen Dr. Brandisch. Auf dem kommenden 7. Kongreß der nationalen Minderheiten in Genf wollen sie dem Abg. Brandisch verschiedene Fragen vorlegen, darunter auch die, ob er nicht „ein gefährlicher Feind“ des Kongresses der nationalen Minderheiten sei. In manchen deutschen Kreisen Rumäniens glaubt man durch die Ausführungen des Abg. Brandisch nunmehr die wahrscheinliche Weigerung Rumäniens, ein Minderheitengesetz zu erlassen, erklären zu können. Rumänien werde nach Ansicht dieser Kreise deshalb kein Minderheitengesetz gewähren, weil die Minderheiten uneinig seien.

Pläne für den wirtschaftlichen Aufbau der Wolgarepublik. Im sowjetrussischen Fünfjahrplan spielt die Deutsche Autonomie Wolgarepublik eine nicht unwesentliche Rolle. Für dieses Gebiet wurde ein auf wirtschaftlichen Schätzungen fußendes Aufbauprogramm aufgestellt. Das baldige Verschwinden der Kulaken, der selbständigen Bauern der Wolgarepublik und deren Ersatz durch die Kollektivwirtschaft kann schon heute vorausgesagt werden. Das bedeutet, in die Sprache des Lebens übersetzt, eine grauenvolle Kette menschlicher Tragödien, systematische Zerstörung der Früchte jahrhundertelangen Fleißes und deutscher Tüchtigkeit. Wir geben nachstehend die Pläne der Sowjetmacht wieder, ohne damit sagen zu wollen, daß das auch alles wahr ist, was geplant wird.

Zur Bearbeitung der auf hundert Prozent zu bringenden Anbauflächen stehen für Saatzweide 282 Zugmaschinen, nur zur Hälfte von Pferden gestellt, zur Verfügung. Der Traktor ist dabei, die Zugtiere, Pferde und Ossen zu verdrängen. Wird der großzügige Plan jemals durchgeführt, so dürfte die wolgabensische Industrie einen starken Aufschwung erleben. Neben einem Riesenumwert der Metallindustrie sollen erischen Traktoren- und Motorenwerke, Schiffbauwerkstätten, Sägewerke, Zementfabriken, mechanische Webereien, Färbereien und Spinnereien, Textil- und Seifenfabriken. Geld wird in Mengen zur Verfügung gestellt, und der Industrialisierung der deutschen Wolgarepublik sollen ungewöhnlich hohe Kapitalien dienen. Durch die sehr weit gespannten Pläne erwarten die maßgebenden Kreise vom neuen Wirtschaftsjahr eine ungefähre 15prozentige Steigerung der Erzeugung. In manchen Wirtschaftszweigen erwartet man eine Verdoppelung der Leistungen. Neben den wirtschaftlichen Planarbeiten laufen die kulturellen Maßnahmen. Schon wurde der obligatorische Unterricht für alle Kinder eingeführt. Nicht weniger als 53 500 Kinder wurden in diesem Jahre in die Grundschule eingeschult. Das Saratower Lehrerseminar wird zu einem deutschen pädagogischen Technikum umgewandelt, und der Plan der Errichtung einer eigenen deutschen landwirtschaftlichen Hochschule wird erwogen.

Kunst und Chauvinismus in Südslawien. Der weltbekannte Chor der Wiener Sängerknaben befindet sich zurzeit mit Bewilligung der Belgrader Zentralregierung auf einer Kunst-Gastreise in Südslawien. Unter anderen Konzerten veranstalteten die Wiener Sängerknaben ein Kirchenkonzert in Windischgrätz, dem Geburtsort des großen Tonichters Hugo Wolf. Nachher sollte den Knaben das Geburtshaus Hugo Wolfs gezeigt werden. Bei dieser Gelegenheit hätte der Chor im Geburtshaus Hugo Wolfs den 23. Psalm von Schubert gesungen. Der slawische Amtsbürgermeister dieser südböhmischen Gemeinde, ein Serbe namens Dr. Bratkovic, verbot den Sängerknaben das Singen vor oder in dem Geburtshaus Hugo Wolfs. Es handelt sich in diesem Falle um den Ausbruch eines leider nicht nur örtlichen Chauvinismus, der selbst vor Schranken nicht Halt macht, die der ganzen Kulturwelt heilig sind. Derselbe Bürgermeister hat auch die beabsichtigte Benennung eines Gäßchens von Windischgrätz nach Hugo Wolf abgelehnt. Ein Urteil über diese „nationalen“ Taten des Herrn Dr. Bratkovic zu bilden, überlassen wir gern der Öffentlichkeit, der so viel Urteilskraft beigegeben werden kann, die Geistigkeit eines Herrn Bratkovic richtig einzuschätzen.

Leider gibt es noch mehr Bratkovics in der Welt...



Arthur Mellon, der scheidende



Henry Robinson, der kommende

Schäfsretär der U. S. A.

Wechsel im amerikanischen Schahamt?
Nach einer Meldung aus Washington beabsichtigt der Leiter des amerikanischen Schahamtes, Arthur Mellon, von seinem Posten zurückzutreten. Mellon, einer der Führer des amerikanischen Aluminium-Truists, steht im 76. Lebensjahre und gehört zu den reichsten Männern der Welt. Als sein Nachfolger kommt in erster Linie der Bankier Henry Robinson aus Los Angeles, ein enger Freund des Präsidenten Hoover, in Betracht.

Die Pazifizierung der östlichen Wojewodschaften Ernstste Kritik Die Maßnahmen der Regierung notwendig

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 22. Januar.
Der Verwaltungsausschuß des Sejm erörterte gestern den Antrag der ukrainischen Abgeordneten betreffend die sog. Pazifizierung in den östlichen Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislaw. Die Berichterstattung lag in den Händen des Abgeordneten des Regierungsbloßes, Zyslaw Stroński, nicht zu verwechseln mit dem nationaldemokratischen Abg. Prof. Stroński.

Abg. Stroński beschränkte sich im allgemeinen darauf, daß zu wiederholen, was schon Innenminister Skladkowski über die Vorgänge in Ostgalizien gesagt hatte und stellte am Schluß seiner recht langen Ausführungen den Antrag, der Sejm möge die Pazifizierung als berechtigt und notwendig anerkennen. Weiter müsse der Sejm die Bildung einer besonderen Kommission zur Prüfung dieser Frage ablehnen, da die Angelegenheit durch die Regierungserklärung genügend aufgehell ist.

In der Aussprache nahm als erster der Ukrainer Chaluzczynski das Wort, der noch einmal die Bilder der Pazifizierung entrollte. Die Pazifizierung habe alle rechtlichen und menschlichen Vorstellungen überschritten, sie wäre unbegründet gewesen. Es würde behauptet, daß eine große Anzahl von Waffen und Kriegsmaterial gefunden sei. Man habe wohl Material gefunden, dies sei aber ganz wertlos gewesen: verrostete und zerbrochene Vorkriegswaffen. Im übrigen habe man niemanden der Pazifizierten verurteilt und von tauenden von Verhafteten wären nach den Wahlen fast alle freigelassen worden. Der Redner bezeichnete es zum Schluß als einen offensichtlichen Versuch, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen, wenn man behaupten wolle, daß in den pazifizierten Wojewodschaften nun Ruhe herrsche.

Der sozialistische Abg. Ciolkosz hielt dann noch eine sehr bemerkenswerte Rede, wobei er die in Polen geführte Nationalitätenpolitik einer gründlichen Kritik unterzog. Im dreizehnten Jahre polnischer Unabhängigkeit, so sagt er, sei in der Lösung der Nationalitätenfrage noch kein Schritt vorwärts getan worden. Die gegenwärtige Regierung besitze hier kein Programm. Scheinbar habe sie vergessen, daß in Polen fast der dritte Teil der Bevölkerung nichtpolnisch sei, und daß nach der amtlichen Statistik die Ukrainer etwa 15 Prozent der Bevölkerung darstellten. Die ukrainische Nation sei zahlreicher als die polnische. In Polen beständen nur 799 ukrainische Schulen auf insge-

samt 26 292, und wenn man noch zu dieser Zahl die sog. ukrainischen (zweisprachigen) Schulen zuzähle, so sei man noch immer weit von der Zahl 15 Prozent entfernt. Für die Taten einzelner, könne nicht die ganze Nation verantwortlich gemacht werden.

Der Redner erklärte zum Schluß mit Nachdruck, daß dem Lager des Regierungsbloßes die volle Verantwortung zufalle.

Nach Beendigung der Aussprache wurde, wie es ja nicht anders zu erwarten ist, der Antrag des Abg. Stroński mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten die Ukrainer, die Sozialisten und die Nationale Arbeiterpartei. Bezeichnenderweise übten die Nationaldemokraten Stimmhaltung.

Eine Anfrage über die Presse.

Warschau, 22. Januar.

In der Budgetkommission wurde gestern der Haushaltsvoranschlag des Ministerpräsidenten erörtert. Hierbei übte der Sozialist Czapiński Kritik an den Zensurverhältnissen. Während im „Robotnik“ ein Artikel konfisziert wurde, sei er im „Krafter“, „Naprzód“ erschienen. Der Antrag der Ukrainer über die Pazifizierung gehe nur in Abschrift von Hand zu Hand, weil der Abdruck unmöglich sei. Im „Robotnik“ und der Lemberger „Chwila“ sei er in Auszügen erschienen während die gleichen Auszüge im ukrainischen „Dilo“ konfisziert wurden.

Czapiński fragt, aus welchem Fonds z. B. der Apparat der roten Presse unterhalten werde.

Er kritisiert dann die Tätigkeit der „Pat“, die teuer und politisch tendenziös sei. Während der Wahlen habe die Pat Nachrichten verbreitet, die durchaus einen politischen Beigeschmack getragen hätten. Auch die halbamtliche Istraagentur verbreite Nachrichten, die sie dann später wieder richtig stellen müsse. Der Redner fragt, aus welchem Fonds die Istra unterhalten würde und ob die Regierung an dieser Agentur beteiligt sei. Der rote Bloß sei in der Bank Gospodarstwa Krajowego in Höhe von etwa einer Million verschuldet. Man müsse die Frage stellen, ob ein Engagieren in dieser Richtung zu den Aufgaben der Bank gehöre.

In seiner Antwort betonte der Bizepremier Piarecki, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß große oder kleinere Summen für die Subventionierung von Presseorganen oder Agenturen verausgabt würden.

Ein offener Brief

Was Boncour und Locquin dachten

Fürst Radziwill antwortet

Ein Brief des Vorsitzenden der Auslandskommission der französischen Deputiertenkammer, Boncour, und des Vorsitzenden der polnisch-französischen Parlamentsgruppe, Locquin wird von der polnischen Presse veröffentlicht. Er hat nach Weglassung zweier schärferer Stellen folgenden Wortlaut:

Paris, 10. Oktober 1930.

Herr Marschall!
Zwei aufrichtige und warme Freunde Polens wenden sich an Sie, Herr Marschall, zwei Männer, die von gemeinsamer Sorge für Ihr Land und das eigene getragen sind und die nicht länger mehr in ihrem Herzen den schmerzlichen Eindruck verbergen können, den sie bei der Nachricht von der eben von Ihnen angeordneten Verfolgung von Mitgliedern des Sejm und des Senats und von Journalisten empfangen haben.

Natürlich sind wir uns der Angewöhnlichkeit unseres Vorgehens bewußt, wenn es aus partei-

lichen Beweggründen fließen würde oder wenn es, direkt oder indirekt, den Charakter einer Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes, ohne Rücksicht auf die besonderen Freundschaftsbande, die uns verbinden, annehmen sollte. Aber unter Eingreifen ist diktiert von dem Gefühl, an das Sie selbst, was Ihnen zur Ehre gereicht, einst appelliert haben, nämlich die Solidarität, die in gemeinsamem Kampfe alle Demokratien in der Welt verbindet.

Die Grundsätze, die die Hoffnungen der bedrückten Völker geweckt haben, jene heiligen Maximen, denen sich der letzte polnische König Stanislaw August im Jahre 1791 öffentlich in so erschütternder Weise in dem historischen Briefe anschloß, der an die französische Gesetzgebende Versammlung gerichtet wurde, diese nicht zu vernichtenden Rechte, die in endgültiger Fassung in der Deklaration der Bürger- und Menschenrechte niedergeschrieben sind, die dank ihrer

Ideenstärke das Grundrecht der Völker wurde, sind nicht der Wert eines Volkes, sondern sie sind das Erbe aller freien Völker, unter denen sie die angeborene Bande und wahre Gemeinsamkeit festlegen, die sich auf die Gleichheit der politischen Bestrebungen und sozialen Begriffe stützt.

Ihre Verletzung in irgendeinem Staate wird in allen anderen als indirekte Drohung empfunden, die sich gegen die eigenen Freiheiten richtet.

Diese internationale Solidarität, die das Merkmal der modernen Demokratie ist, die aus dem Geist der französischen Revolution hervorgingen oder von ihm durchdrungen sind, ist heute, ob man will oder nicht, eine historische Tatsache, die niemand wegleugnen oder vernichten kann.

Dürfen wir, die wir die Freundschaft mit Polen im Schoße unserer Partei in führender Stellung vertreten haben, hinzufügen, daß das eigene Wohl Polens hier ins Spiel kommt. Davon zeugt die Geschichte, indem sie daran erinnert, daß, wenn Euer edles Volk, geverteilt und gequält, in einem dreifachen Grabe das Leben zu wahren vermochte, dies dank der unverminderten Freiheitsidee tun konnte, die fortwährend verherrlicht wurde durch die gemeinsame Anstrengung polnischer Patrioten und Demokraten aller Länder.

Es erscheint uns auch unzweifelhaft, daß, wenn die Frage der Wiedergeburt Polens einen endgültigen Triumph davontrug, dies gerade wegen dieses internationalen Charakters geschehen ist, den ihr Männer des Herzens gegeben haben, indem sie hochgehalten und zum Rechtssymbol der Völker und der Freiheit erhoben wurde. Aber auch heute, nach der glänzenden Wiedergeburt, der Sie alle Kräfte Ihres Lebens gewidmet haben, erhebt sich Polen inmitten Europas als Schöpfung der internationalen Ordnung, die verletzt würde, wenn es selbst verletzt werden sollte.

Könnten Sie bei dieser Sachlage nicht zugeben, daß jede Verletzung des Grundgesetzes der Freiheit und der Demokratie in Polen die Gefahr birgt, daß im Auslande, namentlich in Frankreich, das warme und aktive Freundschaftsgefühl, das Eure Republik erworben hat und das die Unterzeichneten nach Möglichkeit zu erhalten sich bemühen, erkaltet?

Vom allgemeinen Standpunkt der Aufrechterhaltung des noch so kümmerlichen europäischen Friedens ist es wichtig, daß man nicht sagen könnte, daß Polen vom Wege der demokratischen Einrichtungen abweiche, die es sich bei seiner Wiederaufrichtung gegeben hat. Und man braucht doch wohl nicht die Bedeutung dieser Angelegenheit zu betonen, wenn Sie, Herr Marschall, der Sie sich so oft über die Karte Europas gebeugt haben, um dort die verschwendungene Stelle Polens zu suchen und ihm seine Grenzen wiederzugeben, aufs neue auf diese Karte blicken. Ueberall, wo sich die Völker auf die Diktatur verlassen haben, hat die Frage des Friedens im Zusammenhang damit irgendeine Drohung erfahren; denn wenn das Recht und die demokratischen Freiheiten bei sich zu Hause... dann kommt es notgedrungen zu der Bildung eines Gemütszustandes, der der Erledigung auf dem Wege... günstig ist, sowohl nach außen als auch nach innen, der aber auch unwillkürlich Mißverständnisse und Verwicklungen mit sich bringt, aus denen ein Krieg entsteht.

Aus tiefstem Herzen richten wir an Sie, Herr Ministerpräsident, diese Stimme für unsere gefangenen Kollegen, noch mehr aber für die Sache der in ihren Personen verletzten bürgerlichen Freiheiten.

Die Gefühle, die wir hier, der Stimme des eigenen Herzens folgend, ohne irgendein Mandat, das unschuldig wäre, aus eigenen Beweggründen zum Ausdruck bringen, werden — daran möchten Sie nicht zweifeln — von vielen Millionen französischer Republikaner und Demokraten geteilt. In deren Namen bitten wir Sie, Herr Marschall, inständigst, Ihrem Lande, welches wir lieben, die Rechte der allgemeinen Abstammung, der persönlichen, der Presse, wie der Versammlungsfreiheit unangetastet zu erhalten. Im Namen des Ideals, für das Sie selbst so viel gelitten haben — in denselben Zellen der Warschauer Zitadelle, wo jetzt unsere Kollegen der Reihe nach eingeschlossen werden —, beschwören wir Sie, deren Befreiung anzubeden.

Solche Tat bringt Ihnen Ehre ein, Herr Marschall, und wird zugleich denen, die daran zweifeln könnten, den Eindruck verschaffen, daß die polnische Republik stark ist und daß sie ohne Furcht in die Zukunft blicken kann, indem sie der Freiheit und der Demokratie die Treue hält.

Die Antwort.

In der gestrigen Sitzung der Auslandskommission des Sejm gab der Vorsitzende, Fürst Radziwill, folgende Erklärung ab:

„Die „Gazeta Warszawska“ vom 20. d. Mts. bringt den Text eines Briefes, den der Vorsitzende der Auslandskommission des französischen Parlaments, Paul Boncour, und der Vorsitzende der polnisch-französischen Parlamentsgruppe, Jean Locquin, am 16. Oktober 1930 an den damaligen polnischen Ministerpräsidenten, den Marschall Pilsudski, richteten. Ich zweifle nicht daran, daß es edle Beweggründe gewesen sind, von denen sich die fremden Parlamentsvertreter zweifellos haben leiten lassen. Auch will ich auf keine meritorische Beurteilung der Vorwürfe eingehen, die der polnischen Regierung gemacht werden, und ich will auch nicht den Quellen nachgehen, aus denen diese Herren ihre Informationen geschöpft haben. Ich stelle aber als Vorsitzender der Auslandskommission des polnischen Sejm fest, daß die Einmischung fremder Faktoren und Politiker in die inneren Angelegenheiten unseres Staates einen Akt darstellt, der in internationalen Beziehungen nicht praktiziert wird. Ich lege deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen Verwahrung ein.“

Darauf wandte sich Fürst Radziwill an die Vertreter des Außenministeriums mit einer

Was wird aus dem Hotel „Polonia“?

Ein Sorgenkind. — Neues Rathaus in Sicht. — Spitalwesen und Mobil-
machung. — „Ostmarkenzulagen“. — Der „Status quo ante“. — Wieder ein
Konflikt der städtischen Körperschaften.

Jr. Posen, 22. Januar.

Vor einigen Monaten war das Gerücht verbreitet worden, daß das Hotel „Polonia“ — neben dem Palmenhaus und dem Stadion das dritte Sorgenkind, das dem Nachlaß der stolzen und glanzvollen Landesausstellung entstammt — in ein Krankenhaus umgebaut werden sollte. Beim Austausch dieses Planes hatten wir starke Bedenken geäußert und darauf hingewiesen, daß das dafür in Aussicht genommene Gebäude schon aus rein sanitären Gründen ungeeignet sei.

Unsere Bedenken wurden bestätigt durch die gestrigen Beratungen des Stadiparlaments, das sich in langwieriger Aussprache mit einem konkreten Projekt in dieser Angelegenheit zu befassen hatte.

Es handelte sich um den Verkauf des Hotels an die Krankenkasse, die dazu Vorschläge machte, welche zugleich auch der dortigen Feuerwehr das Lebenslicht ausbläsen sollten.

Folgende Grundbedingungen waren für die Abtretung vorgegeben:

Die Baukosten des Hotels werden mit 4 610 000 Zloty in Rechnung gezogen, der Wert des Feuerwehrgebäudes mit 460 000 Zloty; dazu kommt der Grundstückswert mit 300 000 Zloty, so daß sich insgesamt 5 370 000 Zloty ergeben, die jedoch auf 5 Millionen abgerundet wurden.

Davon soll die Stadt 1 Million in bar erhalten; (aus einer Anleihe herrührend); 600 000 Zloty kommen in Gestalt der Uebereignung von zwei Häusern der Krankenkasse in der ul. Pocztowa in Abzug, während die restlichen 3 400 000 Zloty in 15 Jahren bei einem Zinssfuß von 7 Prozent in Raten abzuzahlen wären. 1 600 000 Zloty sind als 1. der Rest als 2. Hypothek einzutragen.

In dem Kaufvertrag, der unter finanziellem, sozialem, sanitärem, juristischem, moralischem und mobilisatorischem Gesichtswinkel erörtert wurde, witterte die Rechte einen neuen Vorstoß der etatistischen Regierungspolitik, so daß das Projekt eigentlich schon aus diesem Grunde als begraben gelten konnte und auch fast einmütig im Ausschuß zur Ablehnung gelangte.

Es referierte Stadtv. Macłowial von den Nationaldemokraten.

Der Vertrag bilde kein Geschäft für die Stadt, da der größte Teil der Kaufsumme nur lepperweise in den Besitz der Stadt käme und somit keine sichtbare Besserung der Finanzlage der Stadt bringen könnte. Zudem müßte der Magistrat unter einem Kostenaufwand von mindestens 500 000 oder gar einer Million ein neues Feuerwehrgebäude bauen, was in der ul. Małsta vorgeesehen war.

An dieser Stelle machte der Redner, die sensationell anmutende Mitteilung, daß — ein neues Rathaus aus dem Hotel gezmert werden könnte.

Im Jahre 1892, dem Jahre des Erweiterungsbau des jetzigen Rathauses, habe die Einwohnerzahl nur 90 000 betragen, jetzt aber seien es 240 000 Einwohner. Die Magistratsbüros, die allerdings zerstreut sind und nicht überall den repräsentativen Erfordernissen entsprechen sollen, zeichnen deshalb nicht mehr aus.

Man könne auch nicht gerade sagen, daß das Hotel ideal wäre für die Einrichtung eines Krankenhauses. Schlechte Luft, wenig Sonne und enge Zimmer rieten davon ab. Uebrigens werde die Stadt selbst im Falle des Verkaufs trotzdem an den Bau eines neuen Stadtkrankenhauses nach

Aleine Pofener Chronik.

em. Auf unaufgeklärte Weise brach gestern in den Nachmittagsstunden ein Dachstuhlbrand in der ul. Lufajewicza 26 aus. Die alarmierte Feuerwehr löschte das Feuer, welches bereits den ganzen Dachstuhl erfaßt hatte, innerhalb einer halben Stunde.

Etwas später wurde die Feuerwehr nach der ul. Pradzińskiego 47 gerufen, wo ein kleiner Stubenbrand entstanden war, der dadurch verursacht wurde, daß ein Wäschekorb, der in der Nähe des eisernen Ofens stand, Feuer gefangen hatte. Das Feuer wurde noch vor der Ankunft der Feuerwehr gelöscht.

In der ul. Polna kam es gestern abend zu einer großen Schlägerei, wobei der 43jährige Arbeiter Anton Dulja, wohnhaft ul. Palacza 30, von einem gewissen Tomaszewski mit einem Messer mehrere Stichwunden erhielt. Der Schwerverletzte wurde mittelst eines Wagens der Rettungstation nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

em. Vorsicht vor einem Betrüger! Dieser Tage erschien bei einigen Personen ein junger Mann, der sich als Akademiker ausgab und um Darlehen bat, welches er bestimmt zurückzahlen wolle. Der Betrüger trägt einen braunen Mantel, ist groß und schlant und hat blondes Haar. Die Polizei bittet, sie bei seinem Erscheinen in Kenntnis zu setzen.

em. Die täglichen Einbrüche und Diebstähle. Der Firma Weisfajka-Separator, ul. Jamkowa 6, entwendeten Diebe eine Schreibmaschine im Werte von 640 Zloty. — Aus der Wohnung des Marcjan Wójcicki, ul. Łakowa, stahlen Diebe drei dunkelblaue Anzüge, einige Taschen und Handtücher im Werte von 610 Zloty. — Diebe drangen in die Wohnung der Leokadja Sytko, ul. Kłajczorna 6, ein und entwendeten einen Mantel, Gardinen, Servietten, Stores und einen größeren Posten Gläser im Werte von 300 Zloty.

den neuesten Errungenschaften herantreten müssen.

Es fehle an Betten für die Kranken, weil die Krankenkasse den Ärzten nicht zahle und deshalb die Annahme von Kranken schon oft verweigert werden müßte.

Die Rückstände betragen über 500 000 Zloty. Die Krankenkasse wolle sich in ihrem etatistischen Drange immer mehr verfestigen und dabei die Existenz der freien Berufe untergraben. Sie bilde immerhin einen juristisch unsicheren Kontrahenten.

Stadtv. Wychierański war ein „weißer Rabe“ unter seinen nationaldemokratischen Kollegen, denn er trat für die Magistratsvorlage ein. Wenn die Stadt noch 15 Jahre zum Hotel „Polonia“ 400 000 Zloty jährlich zahlen sollte, sagte er, dann würden die Kosten dieses Objekts auf 12 Millionen Zloty anwachsen. So aber würde die Stadt eine große Sorge los. Es stelle sich auch heraus, daß das Objekt auf einmal für alles mögliche geeignet sei: Rathaus, Ledigenheim und Krankenhaus. Man könne nicht sagen, daß Posen, das sonst auf allen übrigen Gebieten vorbildlich sei, hinsichtlich des Spitalwesens zu rühmen wäre. In dieser Hinsicht müße es zum Beispiel Krakau, Lemberg und Warschau den Vorrang lassen. Mit dem Auslande aber, wie den skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen usw. könne es nicht im geringsten in Wettbewerb treten.

Es sei schon vorgekommen, daß zwei Kranke in einem Bett untergebracht wurden,

eine Feststellung, die der Stadtv. Kowalewski später zu Protokoll genommen wissen wollte. Durch den Verkauf würden etwa 600 Bettstellen geschaffen werden können, was ein großes Plus für die Stadt wäre. Ferner könnten auch mobilisatorische Beweggründe, namentlich hier in den „bedrohten“ Westmarken, ins Auge gefaßt werden. Man müsse doch bedenken, wieviel Menschenleben im Kriege umgekommen seien, weil die Sanitätsverhältnisse nicht immer den Anforderungen entsprächen.

Stadtv. Budziński, der nicht immer zum Thema sprach, wofür er sich eine Kugel des Beramlungsleiters zuzog, konnte nicht umhin, wieder einmal von den „Preußen“ zu reden. Die Tatsache der Einsetzung eines Krankentassen-Kommissars veranlaßte ihn zu der Behauptung, daß dieser „Kremde“ zu dem Zwecke der Einammung von „Ostmarkenzulagen“ gekommen sei, womit sich seine innerpolitischen Gegner auseinandersetzen müßten.

Stadtv. Dr. Machowski von der Sanierung wies zunächst auf finanzielle Einschätzungsdifferenzen hin und intervenierte dann in der Richtung, daß die ganze Angelegenheit am besten einem Schiedscollegium übergeben würde. Wenn der Stadtv. Budziński von einem Sterbehause gesprochen habe, so sei dem zu entgegnen, daß das Hotel „Polonia“ für ein Krankenhaus geeigneter sei, als das alte Krankenhaus in der Schulstraße. Abgelesen vom Diakonistenhaus habe es die beste Lage. Keine Nebenrückstände hätten bei dieser Vorlage mitgespielt, sondern nur budgetäre Beweggründe seien maßgebend gewesen. Aber wegen der finanziellen Unklarheiten werde er doch gegen den Vertrag stimmen.

Nachdem dann noch die Stadtverordneten Kowalewski und Tylczyński zu Worte gekommen waren — ersterer klagt über die hohen Heilungskosten, während letzterer auf bessere Zeiten hofft und für den „Status quo“ bezüglich des Hotels „Polonia“ ist —, wurde nach dem Schlusswort des Berichterstatters zur Abstimmung geschritten, die eine glatte Ablehnung ergab, so daß es wieder beim alten blieb.

In weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Erledigung eines Säkungsanklags mit dem Magistrat wegen der Zuschläge zu den Spirituosenpatenten dem Rechtsauschuß überwießen. Die Bewilligung von Nachtragskrediten für die soziale Fürsorge in Höhe der vom Magistrat in der Eröffnungsitzung angekündigten 300 000 Zloty hatte lediglich formellen Charakter. Auch der Kauf eines vierten Kessels (Firma Cegielski) für das neue Elektrizitätswerk fand keinen Widerspruch. In Form eines Dringlichkeitsantrages wurde die Angelegenheit der offiziellen Abtretung des zum Bau benutzten Staatsgrundstücks in der ul. Fr. Katakajka an das Handwerkerhaus unter Vermittlung des Magistrats erledigt. Als Delegierte für die nächste Tagung des Städteverbandes wählte man die Stadtverordneten Tylczyński, Maciejewski, Piestrzyński, Skotarek und Budziński.

In geheimer Sitzung wurde dann die Uebernahme von Zeitungsarbeiten behandelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Stadtv. Augustyniak über Beseitigungsbedürfnisse auf der Kommerberie geklagt und die baldige Emeritur der alten Magistratsperle verlangt. Stadtv. Brestki wandte sich gegen den letzten Sitzungsbericht des „Kurjer Poznański“, wo im Zusammenhang mit der Arbeitslosen-Interpellation von Frau Dr. Großman die Stadtverordneten Adamczak, Kowalewski und er Demagogen genannt worden wären. Der Vorsitzende wolle in Zukunft entsprechende Maßnahmen treffen, z. B. den Zutritt des betreffenden Vertreters verweigern. Aber wozu diese Empfindlichkeit, die vielleicht von den beiden mitangegriffenen Kollegen gar nicht geteilt wird?

Banknoten werden 10 000 zł gestohlen

Die verdächtigen Täter werden freigesprochen.

em. Am 30. September 1930 begab sich der Kassenbote der Landesgenossenschaft Wittner nach der Bank Polki, um eine größere Geldsumme abzuheben. Als B. das Geld in seine Ledertasche packte, machte ihn ein fremder Herr auf einen vor ihm liegenden Fünfszlotyschein aufmerksam. Als Wittner den Schein aufhob, wurde ihm ein Paket Banknoten mit 10 000 Zloty entwendet. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Der Verdacht lenkte sich auf die vielfach vorbestraften Anton Gaficki und Marjan Keder aus Warschau, welche die Polizei verhaftete.

Die heutige Verhandlung unter Vorsitz des Landrichters Rejzelski erbrachte leider keine positiven Beweise. Die vernommenen Bankbeamten führen an, daß die Angeklagten zwar große Wehrliebe mit den Tätern haben, aber ob diese am fraglichen Tage in der Bank Polki waren, können sie nicht angeben. Die Angeklagten können durch vernommene Zeugenaussagen nachweisen, daß sie am fraglichen Tage in Warschau waren. Nach geschlossener Beweisaufnahme ergreift der Staatsanwalt das Wort und führt an, daß die Angeklagten von den Bankbeamten und sogar vom Geschädigten wiedererkannt worden sind. Daß die Zeugen mit Bestimmtheit nicht angeben, daß die auf der Anklagebank Befindlichen die Täter seien, sei auf ihre Gewissenhaftigkeit und Vorsicht zurückzuführen. Die Wehrliebe hätten sie aber mit Bestimmtheit bezeugt. Auch führt der Staatsanwalt an, daß sich die Angeklagten nach begangener Tat mittels Autos nach Warschau begeben konnten, um dann dort Zeugen für den Nachweis ihres Alibis zu finden. Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten Gaficki, der bereits vorbestraft ist, eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren und für Keder eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Nach längerer Beratung wurden beide Angeklagte aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Verteidigung lag in Händen des Rechtsanwalts Kwiczala.

Inowroclaw

z. Diebstahl eines Amethysten. Einen großen Verlust erlitten hat ein gewisser Herr J. Gosicki, der hier im Museum eine Sammlung seltener Steine, Felle usw. ausgestellt hat. Unter diesen Sachen befindet sich auch ein sehr schwerer Amethyst von herrlicher Form und Farbe. Ein noch unermitelter Dieb hat von diesem wertvollen Stein ein großes Stück abgebrochen, so daß er durch die verunstaltete Form an Wert viel verloren hat. Die Polizei hat eine sofortige Untersuchung eingeleitet und die Zuwelner verhaftet. Feuer in der Umgegend. Am Freitag vergangener Woche entstand gegen 8 Uhr abends auf der Besitzung des Landwirts Kazmierz Sawarzynski in Rejowie ein Feuer, welchem die meisten Schweine- und Kuhställe vollständig zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf 40 000 zł geschätzt. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

z. Die „tüchtigen“ Krankenkassenbeamten. In der heutigen Strafkammerung hatte sich der frühere Buchhalter der hiesigen Kreisbankkassette, Kazmierz Gajewski, von hier und der Inkassent der Kasse, Stanislaw Jaremba, wegen Unterschlagung von Kassengeldern in Höhe von zirka 1 200 Zloty zu verantworten. Durch die Zeugenaussagen wurden beide Angeklagten für schuldig befunden, und nach mehrstündiger Verhandlung der Angeklagte Gajewski zu 10 Monaten Gefängnis und der Angeklagte Jaremba zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt.

z. Persönliches. Der Starost des Kreises Inowroclaw, Herr Kuzner, ist von seinem 14tägigen Urlaub wieder zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen.

Wir gratulieren!

Herr Oskar Bedmann feiert am Freitag, dem 23. Januar, seinen 70. Geburtstag. An diesem Geburtstag gebent die Pofener deutsche Bürgerschaft ganz besonders herzlich des Mannes, der 40 Jahre (bis zu seinem Ausscheiden im Oktober 1920) treu als Beamter dem Pofener Magistrat gedient hat. Herr Bedmann hat sich auch im Vereinsleben eifrig betätigt und verdient heute unsere aufrichtigen Wünsche zu diesem Tage, und die Versicherung, daß seine Tätigkeit, die mit der Entwicklung unserer Stadt so eng verbunden ist, unvergessen bleibt. Wir wünschen dem Geburtstagskinde einen ungetrübten Verlauf dieses Tages und noch viele Jahre, die er in Gesundheit und Lebensfrische verbringen möge.

Wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt

+ Ostrowo, 21. Januar. Am Dienstag, dem 20. d. Mts., fand im Saale des hiesigen Bezirksgerichts eine Verhandlung des Pofener Militär-Bezirksgerichts gegen den Soldaten Michael Wadudzi von der 7. Kompagnie des 60. Inf.-Regts. statt, dem zur Last gelegt wurde, am 15. November 1930 den Gemeinen Leon Winkler aus fahrlässigkeit erschossen zu haben. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Major Nieder-Pofen in Assistentz zweier Offiziere des hiesigen Inf.-Regts. und zweier Unteroffiziere älterer Charge. Die Anklage liegt in Händen des Staatsanwalts des Pofener Militär-Bezirksgerichts, Major Wainiski. Die Verteidigung hat der Rechtsanwalt Jan-towski-Ostrowo übernommen.

Zur Verhandlung wurden 15 Zeugen geladen. Der Sachverhalt ist folgender: Am 15. November v. Js. hat der Michael Wadudzi bei einer Nachtübung unweit des Zembower Wäldchens in dem Bahneinschnitt den Leon Winkler, der mit drei Mann eine Patrouille ging, durch einen Schuß mit einer Flakpatrone eine schwere Kopfverletzung beigebracht, so daß er nach wenigen Stunden seinen Geist aufgab. Wie die Zeugenaussagen beweisen, hatte W. mit Winkler vor einiger Zeit eine Auseinandersetzung, die jedoch darauf zurückzuführen ist, daß Wadudzi kein besonderer Soldat war, während Winkler als ein tüchtiger Soldat geschätzt und als Aspirant für die Unteroffizierschule vorgesehen war. Die Aussagen des Angeklagten sind lüdenhaft und zeugen von einer geringen Intelligenz. Wehrmännlich beim Verhör fängt er an zu weinen. Wadudzi hatte sich eigenmächtig die verhängnisvolle Patrone angeeignet. Nach ca. viereinhalbstündiger Verhandlung verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten unter Zustimmung mildernder Umstände und unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte nahm das Urteil reuevoll an. Winkler war molaischer Konfession, war 30 Jahre alt und stammte aus Tarnopol. Er hinterläßt Weib und Kind.

Ostrowo

+ Eine Kindesmörderin gefaßt. Wie wir berichteten, ist am 1. Weihnachtstages auf dem alten evangelischen Kirchhof eine Kindesleiche weiblichen Geschlechts gefunden worden. Den energischen Bemühungen der Polizei in Reichtal, Kreis Kempen, gelang es, als Täter die 33jährige, ledige Franziska Strzala aus Smardzew zu ermitteln, die geständig ist, und die Tat aus Not ausgeführt haben will. Zu der Mordtat ist folgendes zu erwähnen: Die Täterin ist von der Polizei in Profzow ermittelt worden, wohin sie ihren Wohnsitz verlegt hatte. Am 12. v. Mts. ist die F. S. im Spital zu Kempen von einem Mädchen entbunden worden, das auf den Namen Lucie getauft und am 23. d. Mts. aus dem selben entlassen wurde. Die Mörderin gibt an, daß sie auf der Allee in Kempen dem Kinde verschiedene träftige Schläge mit der Faust auf dem Kopf versetzt habe, bis es keine Lebenszeichen mehr von sich gab. Daraufhin packte sie die Leiche in einen Papierkarton, verschürte denselben und fuhr mit dem nächstfolgenden Zuge nach Ostrowo, wo sie die Bahnhofstraße, Kaiser-nens, Raschtower- und Molkestraße entlang ging und den Pappkarton über die Friedhofsmauer hinüber warf. Sie begab sich daraufhin auf den Bahnhof und fuhr mit dem nächsten Zuge nach Kempen zurück. Die Mörderin wurde in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Koschmin

+ Auf dem Gute Butalów, das Herrn Saalfeld gepachtet hat, brannten zwei Roggenschober und ein Dampfdröschlaf vollständig nieder. Der verursachte Brandschaden wird auf zirka 10 000 Zloty geschätzt.

Neufomischel

Δ Mißglückter Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verursachten hier Diebe in das Pfarrhaus des Herrn Superintendenten Reisel einzudringen. Sie stellten eine Leiter an das Schlafzimmer der erwachsenen Tochter und warfen mit Sand an das Fenster. Wahrscheinlich wollten sie feststellen, ob in dem Zimmer Bewohner schliefen. Da aber der Klumpen Sand die Scheibe zertrümmerte, er-wachte die Tochter durch das Geräusch und weckte ihren Vater. Als die Einbrecher sahen, daß Licht gemacht wird, suchten sie das Weite. Schon vor 4 Jahren fand ein Einbruchversuch statt. Damals gelangten die Diebe durch die Veranda in das Haus, wurden aber ebenfalls vertrieben.

Cissa

k. Geflügeldiebe drangen kürzlich in das verschlossene Gehöft des Hrn. M. Wolf in Schwetkau und stahlen zwei gemästete Gänse. Von den Tätern fehlt bis jetzt jegliche Spur. — Ein bedauerlicher Unglücksfall passierte kürzlich dem Landwirt Paul Klupf von hier. Beim Abladen von Getreide fiel er vom Scheunenboden und brach sich drei Rippen.

Das Wert der Japaner auf Formosa.

Aus einem Artikel von Y. Takagi in „The Japan Magazine“, Tokio, März 1930.

Als Formosa im Jahre 1895 nach dem China-Japanischen Kriege an Japan abgetreten wurde, war es eine Insel, die zwar seltene Naturschönheiten aufwies, jedoch kaum als zivilisiert angesehen werden konnte, denn ein großer Teil der Insel war von Wilden — Kopffägern grausamster Art — bewohnt, wohingegen die chinesische Bevölkerung der Insel kaum zu existieren vermochte. Nahezu drei Millionen Chinesen zählte man dort, und unter ihnen gab es manchen Räuber und Banditen. Alles in allem: man war keines Lebens nicht sicher.

Japan machte sich sofort daran, mit diesen Zuständen aufzuräumen. Und das Land von dem Fluch des Opiumlasters zu befreien. Jeder achtzehnte Chinese war dem Kaufsgift hoffnungslos verfallen. Die japanischen Behörden waren sich aber der Tatsache bewußt, daß der Opiumhandel sich nicht durch einen Federstrich beseitigen lassen würde, und daß ein plötzliches Aufhören der Opiumzufuhr den Opfern unerträgliche Leiden, wenn nicht den Tod verursachen würde.

Andererseits jedoch mußten diese Reformen beschleunigt werden, weil Japaner ins Land strömten, die leicht von der Opiumsuche angesteckt werden konnten und die ihres Lebens nicht sicher waren, wenn die Wilden nicht in ihren Reservaten im Zaum gehalten wurden. In den ersten beiden Jahren ließen sich die Ueberfälle der Wilden auf die örtliche Bevölkerung nicht restlos verhindern, die Opiumselunken waren noch gut besucht, und Pest und Fieber suchten die Bevölkerung noch heim. Die japanische Regierung sandte dann Dr. Shimpei Goto nach Formosa, der sich sofort mit einem Stab von Ärzten, Krankenpflegern, Biologen und Chemikern daran machte, die Seuchen und das Opiumlaster zu bekämpfen. Er errichtete Hospitäler im ganzen Lande sowie in Laboratorien für die Erforschung von Seuchen. Bald sank die Sterbeziffer. Das ganze Land wurde einem Reinigungsprozeß unterworfen: die Einwohner selbst, ihre Wohnungen, ihre Straßen und selbst ihre Ländereien. Die Brutstätten der Miasmen wurden zerstört, so daß die Zahl der Malaria-kranken sehr zurückging. Ferner wurde die schon in Japan bestehende Sitte eingeführt, alle Häuser zweimal im Jahre gründlich zu reinigen, und diese Anordnung wird von den Formosanern strikte befolgt. Die unwissende Bevölkerung begann schließlich einzusehen, daß ein Zusammenhang bestand zwischen Schmutz und Krankheit. Auf diese Weise ist die Sterblichkeit an Malaria um über 60 Prozent gesunken.

Um den Opiumkonsum einzuschränken, errichtete man ein Regierungsmonopol für die Einfuhr und den Verkauf von Opium. Die dem Opium hoffnungslos Verfallenen erhielten in bestimmten Zeitabschnitten eine bestimmte Dosis. Niemand konnte ohne ärztliche Bescheinigung, die besagte, daß er so und so lange opiumsüchtig war, die Erlaubnis zum Genuß von Opium erlangen. Die Quantität richtete sich nach dem Grade, in dem das Opfer dem Kaufsgift verfallen war, und jedesmal wurde eine Ration für nur drei Tage ausgegeben. Ein Inspektor hatte darauf zu achten, daß die Eintragungen in den Büchern des

Händlers mit denen im Bezugsbuch des Opfers übereinstimmen. Auf diese Weise konnten keine neuen Opfer hinzukommen, und man kalkulierte, daß mit dem Aussterben der Opiumsüchtigen die Zahl der dem Laster Verfallenen allmählich auf Null sinken würde. Dies steht in interessantem Gegensatz zu den Kontrollmaßnahmen, die in anderen Teilen Asiens, die zum Teil unter der Kontrolle europäischer Mächte stehen, angewandt werden. In Indien zum Beispiel kann jeder Einzelne eine bestimmte Menge Opium erlangen, ganz gleich, ob er dem Gifte verfallen ist oder nicht. Er kann also weiterverkaufen.

Zur Regulierung des Opiumkonsums mußte Japan zunächst die tatsächliche Zahl der dem Kaufsgift Verfallenen feststellen, keine leichte Aufgabe. Bis 1898 waren nur 95 449 Opfer entdeckt worden, bis 1900 waren es aber 165 752 Opfer. Seitdem ist die Zahl allmählich gesunken, bis 1926 die Zahl auf 33 755 reduziert war, und von diesen waren die meisten über 55 Jahre alt. Es ist augenscheinlich, daß in weiteren zwanzig Jahren so gut wie keine Opiumkonsumenten in Formosa vorhanden sein werden.

Deutsche und Engländer.

Von Prof. Dr. Wilhelm Diebels.

Daß die deutschen Studenten in England zwar überall eine Menge von persönlicher Liebenswürdigkeit erleben, daß aber die politisch stärker interessierten doch das Gefühl einer gewissen Verständnislosigkeit für Deutschland nicht los werden, ist eine bekannte Erscheinung. Wir vermuten immer wieder, daß die Engländer das gleiche Interesse für Deutschland haben, wie wir für England, da wir doch von gleicher Rasse sind. Aber dies ist ein folgenschwerer Irrtum. Die Engländer haben das Gefühl einer gewissen Kulturgemeinschaft weit mehr für Frankreich als für uns. Der durchschnittliche Engländer kann im allgemeinen keine Fremdsprache sprechen, kennt er aber eine, so ist es die französische. Französisch wird auch in allen höheren Schulen gelehrt, und erst in weitem Abstände folgt als fakultatives Fach die deutsche Sprache. Die Zahl der Schüler, die drüben Deutsch lernen, ist etwa ein Zwölftel bis ein Zehntel derer, die Französisch treiben. Bei der großen Masse des englischen Volkes wirken auch noch die infamen Kriegsverbrechensgeschichten nach, wenn sich diese Stimmung auch nach außen hin nicht mehr so auswirkt. — Im 19. Jahrhundert haben wir zwar eine bedeutende deutsche Schule in England. Coleridge, Carlyle und George Eliot haben deutsche Literatur und Philosophie hervorragend gekannt, aber eine wirklich starke Schule haben sie nicht hinterlassen. Und selbst diese starke deutschfreundliche Strömung nahm zwar Notiz von der deutschen Kultur, aber für die Forderungen deutscher Politik hatte eigentlich nur ein Engländer (Carlyle) wesentliches Verständnis. Mit Carlyles (1881) und George Eliots (1880) Tode ist diese Geistesrichtung im wesentlichen abgefallen. Deutschlands Einigung hat in England bei einzelnen Sympathie gefunden, die Masse war gleichgültig, die Politik überwiegend feindlich, denn die deutsche Einigung bedeutete, daß an der Nordseeküste ein starker Staat entstand, da wo der Kontinent aufhört und der große Blick ins Weltmeer beginnt. Dort sah ihnen ja auch Frankreich lange gegenüber, dessen Ausdehnungsbefreiungen in der Welt den Engländern immer ein Dorn im Auge gewesen waren. Es hatte sich schließlich damit abgefunden, amete aber erleichtert auf, als 1870 die Franzosen eine schwere Niederlage erlitten. Es ist interessant, zu beobachten, daß dieses erleichterte Aufatmen bis zu Sedan dauert, dann aber ein merkwürdiger Wechsel der englischen Stimmung erfolgt.

Denn Frankreich brach stärker zusammen, als es dem englischen Interesse entsprach.

Daß Deutschland 1870 als die Vormacht von Mitteleuropa aus dem Kriege hervorging, entsprach nicht Englands Wünschen. Seit dieser Zeit ist eine Entfremdung zwischen Deutschland und England langsam im Werden. Bismarcks kluge Politik hat verstanden, sie aufzuhalten. Sein letztes Ziel war ja, den Dreibund Deutschland, Oesterreich, Italien zu ergänzen durch eine Anlehnung des gesamten Dreibundes an England. Diesen Plan hat Bismarck nicht verwirklichen können. Kaiser Wilhelm II. ist es noch viel weniger gelungen. Um 1900 schien dies nicht unmöglich zu sein, denn England sah ein, daß es in seiner bisherigen Isolierung nicht weiterleben konnte, daß es sich entschließen mußte, entweder mit Deutschland gegen Rußland und Frankreich, oder mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland zu gehen. In letzterem Sinne ist dann die Entscheidung gefallen. Bei ihr mögen allerhand Menschlichkeiten und politische Fehler mitgewirkt haben, das Wesentliche war aber doch wohl, daß man in Deutschland einen sehr viel stärkeren und gefährlicheren Gegner sah als in Rußland und Frankreich. Das gilt sowohl von unserem politischen Ausreifen in den Orient, wie von unserer wirtschaftlichen Position. In dem Deutschen steckt eine so ungeheure Tätigkeit ein solches Arbeitstempo, und in ihm ist ein so weiter wissenschaftlicher Horizont eigen, daß man in England das Gefühl hatte, nicht dagegen aufzukommen.

Der englische Kaufmann begann, gegenüber dem deutschen überall ins Hintertreffen zu geraten.

Die Engländer waren des Glaubens, Deutschland würde in den ersten sechs Wochen des Krieges zusammenbrechen, und der Krieg würde so geführt werden wie England es immer tat, nämlich, daß es andere für sich kämpfen ließ. Aber es zeigte sich, daß man bis zum letzten Engländer

Der Profit, den Japan durch dies Monopol erzielte, wurde für die Errichtung von Hospitälern benutzt. Es muß ferner noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß, während der Reingewinn des japanischen Opiummonopols in Formosa ein Prozent der Gesamteinnahmen der Inselverwaltung betrug, der von England aus dem Opiumhandel in Indien erzielte Reingewinn drei Prozent der gesamten Einnahmen der indischen Regierung betrug.

Die auf der Insel lebenden 85 000 Ureinwohner sind von den Japanern mit Schulen und Ärzten versorgt worden. Ein gutes Werk haben die christlichen Missionare getan. Formosa hat unter der japanischen Herrschaft einen gewaltigen Aufschwung genommen. Es liefert jetzt zwei Drittel der gesamten Kampfererzeugung der Welt, und die Rohrubberproduktion floriert. Der Gesamt-außenhandel der Insel beträgt jetzt jährlich fast 500 Millionen Yen (eine Milliarde Mark). 862 Elementarschulen, 20 höhere Schulen, sowie eine Anzahl technischer, medizinischer und forstwirtschaftlicher Institute und eine Universität sind von den Japanern errichtet worden.

Die fortschrittliche Entwicklung Formosas hat bei der Bevölkerung den Wunsch nach Selbstverwaltung aufkommen lassen.

kämpfen mußte. Und Lloyd George setzte sich mit ganzer Kraft für die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht ein, und die Munitionsherstellung wurde verhendert. Die Begeisterung und die Geschlossenheit waren aber nur durch eine ungeheure Propaganda wachzuhalten, die jeden Engländer bis in die tiefste Seele ausfüllte. Nur dadurch war der Krieg zu gewinnen. Die Folgen dieser Propaganda zeigen sich im Friedensvertrage, der eine solche Schwächung Deutschlands bringt, wie sie sicherlich dem englischen Interesse nicht entspricht. Aber eine relative Schonung Deutschlands wäre nur durch einen Bruch mit Frankreich zu erreichen gewesen. Diesen aber zu gunsten Deutschlands vorzunehmen, wäre in der bis zur Seitehige gesteigerten Haßatmosphäre von 1919 einfach unmöglich gewesen. Auch jetzt noch hindert sie, wenn auch den Engländern meist unbewußt, jede vernünftige Beurteilung Deutschlands.

Bald nach dem Friedensschluß setzte in England eine große Ernüchterung ein. Zwar hatte man Deutschland besetzt, aber die englische Ausfuhr ging dauernd zurück, die Arbeitslosigkeit war groß, die Mittelklasse seufzte unter hohen Preisen und starkem Steuerdruck, und die gefährdete deutsche Konkurrenz war durch den Krieg keineswegs zerfallen. Deutschland schien während der Infation am Rande des Abgrundes zu stehen, und

mit einem Zauberschlage war die Mark wieder da. Man hatte geglaubt, die deutsche Industrie sei außer Konkurrenz gesetzt, man mußte sehen, daß nun die englische Industrie dauernd im Rückgang war und Deutschland wieder einsetzte. All diese Tatsachen haben wohl die Achtung vor Deutschland, aber politisch wirken sie mehr gegen als für uns. Man fürchtet Deutschland wieder als wirtschaftlichen und politischen Wettbewerber.

In der Politik der Nachkriegsjahre stellte sich England darauf ein, Deutschland immer dann zu unterstützen, wenn der französische Druck uns zu erliegen drohte. Denn England hat ein Interesse daran, daß die Franzosen nicht ganz Europa beherrschen.

Als das Separatistengefindel auf die Rheinländer losgeschlagen wurde, standen die Engländer auf unserer Seite. Aber immer nur mit halber oder Viertelskraft. Die offizielle englische Politik hat nur ein Interesse, daß wir als Macht nicht gänzlich ausgeschaltet werden, aber nicht, daß wir wieder groß werden. Der freundliche Engländer, den wir hier und da kennen lernen, ist nie politiker. Wir wollen seine Gefühle von Herzen erwidern, wir wollen uns über jede menschlich warme und unbefangene Würdigung freuen, aber wollen nicht vergessen, daß die englische offizielle Politik gewöhnlich eine wenig deutschfreundliche Richtung hat. Wir sollen gewiß existieren dürfen, wir sollen gegen alle Zerstücklungsversuche Poincarés geschützt werden, aber es liegt nicht im englischen Interesse, daß Deutschland und Frankreich sich nicht betrogen, nicht aber, daß alle Streitpunkte mit Frankreich völlig und gründlich bereinigt werden. Und die deutsche Industrie wird von den Engländern geschädigt, soweit es nur geht. Der Damesplan soll Deutschland soviel aufbürden, daß es auf viele Jahre hinaus nicht voll wettbewerbsfähig ist. Das alles müssen wir zu ertragen vermögen. Freilich können die Dinge sich auch einmal ändern. Für den Augenblick besteht die politische Schwierigkeit für England in Rußland. England das kapitalistische und Rußland das antikapitalistische Land. Wo hin dies führen wird, kann heute noch niemand sagen. Englands politische und wirtschaftliche Situation ist keine rosige. England ist ein Industrieland in viel stärkerem Maße als Deutschland und lebt von der Ausfuhr, in noch viel stärkerem Maße als wir (Kohle und Baumwolle). Die englische Ausfuhr ist durch die Nachwirkungen unseres Unterseebootkrieges stark beeinträchtigt worden, denn überall mußte England es während des Krieges nicht nur zulassen, sondern geradezu begünstigen, daß in seinen Kolonien oder anderen Staaten eigene Industrien entstanden, die heute weiterleben wollen und damit die englische Ausfuhr herabdrücken. Es ist durchaus möglich, daß einmal eine Konstellation in der Welt entsteht, in der uns England, vielleicht gegenüber Rußland, braucht.

(Aus Jugend und Reich. Herausgegeben von Aléo Pleyer, Berlin, 1928.)

Nationale Minderheiten.

Die Stärke des Auslandsdeutschtums. — Minoritäten in Deutschland.

Von Dr. Arthur Wehner.

Ueber die zahlenmäßige Stärke des Auslandsdeutschtums waren zu verlässige Zahlen bis vor kurzem kaum zu erfahren. Krieg und Friedensabkommen haben die Zahl der außerhalb der deutschen Reichsgrenzen wohnenden Deutschen gegenüber dem Vorkriegsverhältnis ganz erheblich geändert. Große Gebietsteile sind von Deutschland abgetrennt und anderen Staaten zugeschlagen worden, und die in ihnen lebenden Einwohner wurden,

obwohl seit Jahrzehnten staats- und nationalpolitisch Deutsche,

fremde Staatsangehörige. Aus verschiedenen Staaten sind in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche deutsche Siedler und Kaufleute ausgewiesen worden oder sie wanderten freiwillig aus (zum Beispiel die Rußlandbauern im November 1929) — ständig fanden Verschiebungen der Zahlen statt, die erst im vergangenen Jahre ihren eigentlichen Abschluß gefunden haben.

Am stärksten ist das Auslandsdeutschtum auch heute noch in Amerika vertreten, wo etwa 8 Millionen Deutsche leben, die allerdings nur vereinzelt in geschlossenen Siedlungen sitzen. Ihnen geht es finanziell und politisch zum größten Teil recht gut, was allerdings nicht eine Auforderung zur Auswanderung nach den U. S. A. sein soll. Nach Amerika ist das Auslandsdeutschtum am zahlreichsten vertreten in Osteuropa, dort, wo die Landkarte recht bunt und unübersichtlich geworden ist durch die vielen Nachfolgestaaten der zusammengebrochenen Monarchien Oesterreich und Rußland. Und die politische, rechtliche und wirtschaftliche Lage dieser Deutschen ist es, die immer wieder Anlaß gibt zu Minderheitendebatten in Genf, da ihnen die neuen Wohnstaaten immer noch nicht alle vertraglich zugesicherten Rechte eingeräumt haben. Die roh geschätzten Zahlen der zum Teil in geschlossenen Siedlungen als Minderheiten in Osteuropa lebenden Deutschen sind folgende:

Tschechei	3 300 000
Polen	1 000 000
Wolgarrußland	450 000
Sibirien	350 000
Memelland	140 000
Litauen	135 000
Finnland	130 000
Kaukasisches Rußland	70 000
Estland	26 000
Finnland	6 000

Rechtlich und wirtschaftlich am besten dürfte es hierbei in Rußland, Finnland und Estland lebenden Deutschen gehen. Im Wolgarrund und Kaukasusgebiet stehen die dortigen Sowjetrepubliken

fast völlig unter deutschem Einfluß; die Deutschen haben weitgehende Rechte, besitzen ihre eigenen Schulen und Verwaltungen und sind durchaus nicht etwa alle Anhänger des kommunistischen Systems. Die Lage des polnischen und memelländischen Deutschtums ist bekannt. Zahlenmäßig und auch proportional weit schwächer sind die in den westeuropäischen Staaten lebenden deutschen Minderheiten, denen es fast durchweg recht gut geht, wenn auch kleine Teile immer noch auf eine Wiedervereinigung mit dem Mutterland hoffen (Eupen-Malmédy, Teile des Elsaß). Die stärksten deutschen Minderheiten im Westen befinden sich in:

Elsaß-Lothringen	1 600 000
Belgien	120 000
Holland	100 000
Frankreich	50 000
England	15 000

Und schließlich leben auch in Süd- und Südost-Europa starke deutsche Minderheiten, so zum Beispiel in Rumänien (1 Million), in Ungarn (500 000), in Italien (250 000), in Jugoslawien (600 000). Je nach der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung des betreffenden Landes sind ihre vertraglichen und moralischen Rechte stark bestritten und umkämpft; besonderen Grund zu Klagen haben auch heute noch die deutschen Minderheiten in Rumänien, Norditalien und Jugoslawien, wo zwischen „Herrenvolk“ und Minderheit seit Jahren heftige Kämpfe ausgefochten werden.

Die Gesamtzahl der Auslandsdeutschen wird auf 35 bis 40 Millionen geschätzt.

Weitere für die heutige Weltpolitik besonders bedeutungsvolle Minderheiten fremder Nationalität sind die Ukrainer in Polen, die Ungarn in Rumänien (ebenfalls in durchaus nicht zu beneidender Lage), kleinere Minderheiten in Rußland, die Flamen in Belgien, die heftig gegen ihre Unterdrückung aufbegehren und die unter hervorragenden Führern schon zahlreiche Erfolge erringen konnten, und schließlich die sehr kleinen und unbedeutenden in Deutschland lebenden Minderheiten: die sich auf Ostpreußen, Oberschlesien konzentrierenden Polen mit etwa 800 000, die Masuren in Südoberpreußen mit 43 000, die Wenden im Spreewald mit 6000 und die wenigen in Schleswig-Ansässigen Dänen mit etwa 2000 Köpfen. Begründete Beschwerden gegen ungerechte Behandlung haben diese Minderheiten bisher noch nicht vorbringen können, im Gegenteil hat sogar Lord Rothermere noch vor kurzem lobend anerkannt, daß der Minderheitenreichtum in keinem Lande so ausgebildet und so loyal gehandhabt werde wie gerade im Deutschen Reich!

Der deutsche Geist in der Welt.

Ein Goethe-Schiller Institut in Bombay. In Bombay planen unter der Bezeichnung „Goethe-Schiller-Occidental Research Institute“ national-indische Kreise die Gründung einer Studienanstalt für gebildete Hindus. Der Plan von dem Institut ist, wie die „Literarische Welt“ mitteilt, von dem Indier G. M. Jadhav entworfen, der im Vorwort zu einer unterrichtenden, englisch geschriebenen Broschüre über das Institut seiner Verehrung für Goethe und Schiller Ausdruck gibt, deren Stätten er in Weimar besucht hat. Er hebt hervor, daß Goethes und Schillers Wirken nicht nur Deutschland, sondern allen Nationen zugute gekommen ist, die ihre Werke lesen und studieren. Die geplante Studienanstalt soll für das Studium der Kultur und Wissenschaft des Westens bestimmt sein. Nach europäischem Muster sind sechs Fakultäten vorgesehen. Besonderer Wert wird auf die Pflege der Literatur gelegt. Zu diesem Zwecke werden Bibliotheken angelegt und die besten deutschen Bücher in die indische Sprache übersetzt werden.

Ein deutsches Studentenhäus in Spanien. In Madrid wird schon seit mehreren Jahren an der Anlage einer Universitätsstadt gearbeitet, die für etwa 5000 Studenten Platz bieten soll. In einem Park außerhalb der Stadt sind bereits sechs Gebäude errichtet worden. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und lateinamerikanische Länder haben sich bereits zum Bau eigener Häuser bereit erklärt. Wie das „Studentenwerk“ mitteilt, sind kürzlich von privater Seite in Deutschland auch für die Errichtung eines deutschen Studentenhauses in Madrid 200 000 Mark gestiftet worden.

Eine „Deutsche Bühne“ in Paris. Mehrere deutsche Schauspieler haben sich in Paris zusammengetan, um deutsche Bühnenwerke in deutscher Sprache aufzuführen. Die unter dem Namen „Deutsche Bühne Paris“ begründete Theatergruppe steht unter der Spielleitung von Dr. G. Knoche und Fräulein Dr. G. Boner. Sie kündigt an, daß sie allen Deutschen in Paris Fühlung mit der Heimat vermitteln und denjenigen Franzosen, denen die Kenntnis deutscher Art und Kunst wertvoll erscheint, die schauspielerische Gestaltung deutschsprachiger Bühnenwerke zeigen wolle. Gleichzeitig ist ein deutscher Theatre- und Orchesterverein gebildet worden, der hier deutsche Lustspiele und Operetten aufzuführen will.

Hölderlins sämtliche Werke sind jetzt in russischer Sprache erschienen. Zu der vom Verlag „Academia“ veröffentlichten Ausgabe hat Lunatscharski eine Einleitung geschrieben.

PolensInlandsverbrauch

Die Erweiterung des Binnenmarktes, bzw. eine Steigerung des Konsums wird heute von allen Theoretikern und Praktikern als der einzige Weg für Polen angesehen, um die Wirtschaftskrise erfolgreich zu bekämpfen. Wie stellt es nun den Konsum in den einzelnen Artikeln? Beginnt man zunächst bei den Lebensmitteln, so steht an erster Stelle Roggen als der wichtigste Konsumartikel der breiten Massen. Der Verbrauch betrug im Jahre 1926 179.97 kg, im Jahre 1927 139.40 kg und in 1928 159.25 kg je Kopf der Bevölkerung. Es stellt dies eine sehr hohe Ziffer dar, indem in Deutschland beispielsweise die Ziffern sich von 100-117 kg bewegen, es bildet aber auch gleichzeitig einen Gradmesser für die Armut des Landes. Denn im Westen ist der Prozess eines Ueberzuges zu einer höheren Getreidegattung, nämlich zu Weizen, in vollem Flusse. Charakteristisch ist, dass in einem Jahre der Hochkonjunktur, nämlich im Jahre 1927, der Roggenkonsum von 179.97 auf 139.40 zurückgegangen ist. Der Weizenverbrauch betrug in Polen im Jahre 1926 - 46.84, in 1927 - 47.40 und in 1928 - 47.62 kg, während in Deutschland die korrespondierenden Ziffern 78.8, 88.3 und 87.8 kg betragen. Von den importierten Lebensmitteln verdient besonders Beachtung Reis, dessen Konsum in scharfem Tempo zunimmt: betrug er noch im Jahre 1926 kaum 1.08 kg, so stieg er im Jahre 1928 bereits auf 3.30 kg je Kopf der Bevölkerung. An Tee führte Polen im Jahre 1926 1.7, in 1927 2 und im Jahre 1928 2.2 Mill. Kilogramm ein, was auf den Kopf der Bevölkerung berechnet für die drei Jahre folgendes Bild ergibt: 0.06, 0.07 und 0.07 kg. Die entsprechenden Ziffern für Deutschland betragen: 0.07, 0.08, 0.08, der Unterschied gegenüber Polen ist also nicht gross. Der Kaffeeimport belief sich im Jahre 1926 auf 6.3, in 1927 auf 6.9 und in 1928 auf 7.3 Mill. kg, was pro Kopf der Bevölkerung 0.21, 0.23 und 0.24 kg entspricht. Der Kaffeekonsum ist relativ niedrig, denn er ergab in Deutschland für dieselbe Berichtszeit 1.96 kg, 2.2 kg und 2.24 kg, was also dort zehnmal höher; diese Erscheinung hängt zusammen mit der Eigenproduktion von Cichorie (Polen produziert selbst Cichorie in Wloclawek und in Skawina bei Krakau), die namentlich auf dem Dorfe als Kaffeesurrogat benutzt wird. Der Kakaokonsum liegt zehnmal niedriger als in Deutschland; die Ziffer für Polen betrug 0.12 bis 0.19 kg, für Deutschland 1.12-1.20 kg je Kopf der Bevölkerung. Eine interessante Erscheinung lässt sich in den letzten Jahren in Amerika feststellen: der Kakaokonsum stieg seit dem Jahre 1927 um fast das Zehnfache an. Man führt dies zum Teil auf die Einführung der Prohibition zurück, wodurch der Alkoholkonsum stark verdrängt wurde. Im Spirituskonsum steht Polen an erster Stelle in Europa. In Polen entfällt auf jeden Einwohner im Jahre 1926 1.44, im Jahre 1927 1.32 und im Jahre 1928 1.56 Liter. Es handelt sich hierbei um durchschnittliche Zahlen, da die Schwankungen zwischen den einzelnen Wojewodschaften ziemlich beträchtlich sind.

Lebensstandard der Arbeiterschaft in Polen.

Ueberaus interessante Zahlen über den Lebensstandard des Arbeiters in Polen hat eine vom Statistischen Hauptamt durchgeführte Enquete bei den Arbeitern in Warschau, Lodz und in den Dombrowaer und oberschlesischen Kohlenrevieren ergeben. Danach beträgt das Durchschnittseinkommen einer Arbeiterfamilie in Oberschlesien, das an erster Stelle steht, 3289 Zl. in Warschau 3158 Zl., im Dombrowaer Revier 2990 Zl. und in Lodz, dem Zentrum der polnischen Textilindustrie, am wenigsten, nämlich 2571 Zl. Die Durchschnittszahl der Familienmitglieder beträgt 4.5, deren monatliches Einkommen somit 214-274 Zl. beträgt. Dabei entfällt der grösste Teil auf das Haupt der Familie (den Vater) in Lodz mit 1777 Zl., was im Monat ca. 150 Zl. beträgt. Noch interessanter und soziologisch wichtiger ist, neben den Einnahmen, die Frage der Ausgaben in den einzelnen Arbeiterhaushalten. In Warschau entfällt auf die jährlichen Gesamtausgaben von 3123 Zl. 1892 Zl. auf Lebensmittel - das sind 60 Prozent -, auf Kleidung 265 Zl. - 12 Prozent -, auf Miete 170 Zl. - 6 Prozent -, auf Heizung und Beleuchtung 135 Zl. - 4 Prozent -. Für kulturelle Zwecke, wie Bücheranschaffungen, Zeitungen, Theater, Kino usw., bleiben jährlich kaum 40 Zl., das sind also kaum 4 Prozent des Gesamtbudgets; allerdings entfällt ebensoviel noch auf den Alkoholkonsum und der gleiche Betrag für Steuern.

Konjunkturberichte

Kolonialwaren.

Die Kolonialwarenbranche verzeichnet eine unsichere Stimmung. Die Kaffeepreise schwanken, trotz der Ausfuhrbeschränkung und dem Streben nach einer Herabsetzung der Produktion in Brasilien sind die Weltvorräte an Kaffee grösser geworden, und 17 Millionen Sack Kaffee, die in New York lombardiert liegen, können sofort auf den Markt geworfen werden, wodurch eine weitere Baisse von unabsehbaren Folgen hervorgerufen werden würde. Im Teehandel ist die Tendenz erheblich fester, an den Auslandsmärkten ist dieser Artikel bereits etwas teurer geworden, eine Folge des Beschlusses der Pflanzler von Ceylon, Java und Sumatra, die Produktion einzuschränken. Ungeklärt ist die Lage auf dem Reismarkt, Konserven, vor allem Fischkonserven, werden wenig gefragt.

Häute und Leder.

Im Rohhäutehandel ist ein überaus grosses Angebot bei schwacher Tendenz zu verzeichnen. In Thorn war bei der letzten Aktion ein Angebot, wie es seit fünfzehn Jahren nicht mehr beobachtet wurde. Diese Erscheinung ist auf die infolge des Fallens der Fleischpreise in den letzten Wochen vermehrten Schlachtungen im ganzen Lande zurückzuführen. Die Preise sind überall um 10 bis 20 Prozent gesenkt worden. Im Lederhandel ist der zwar stets recht stille Januar in diesem Jahr ganz still. Abschlüsse werden so gut wie gar nicht gemacht, obgleich die kleinen Gerbereien ihre Preise ganz erheblich gesenkt haben und auch die Grossgerbereien dieser Bewegung, wenn auch nicht in so grossem Masse, gefolgt sind und beispielsweise Chromleder um 10-15 Prozent billiger geworden ist.

Landmaschinen.

In den polnischen Landmaschinenfabriken hat sich der Beschäftigungsstand neuerdings verschlechtert, eine Erscheinung, die allerdings alljährlich im November und Dezember eintreten pflegt. Von den zwei grossen Betrieben im Lubliner Gebiet arbeitet einer nur an fünf Tagen in der Woche, wobei die Zahl der Arbeiter auf 50 Prozent der normalen Belegschaft vermindert wurde, während die andere Fabrik nur noch einige hundert Arbeiter beschäftigt. Auch im Posener und Pommereller Gebiet hat sich die Geschäftslage wesentlich verschlechtert und die meisten Betriebe arbeiten mit stark verringerter Belegschaft.

Zum russischen Dumping.

Von Karl Rothe.

Es hilft nichts, der russische Fünfjahrplan ist keine innerussische Angelegenheit mehr. Anfangs liess sich die Sache noch theoretisch betrachten, konnte man noch die Köpfe schütteln über die Unmöglichkeit des Versuchs, den ganzen wirtschaftlichen Produktionsprozess eines Landes von Erdteilausdehnung durch einen einheitlichen kollektiven Willen zentral zu dirigieren; bewusst das Land zu einer Insel im kapitalistisch aufgelegten Weltmarkt und in Autarkie zu machen; seine Wirtschaft in knapp fünf Jahren auf amerikanische Weise zu installieren und aus fast mittelalterlichem Zustande auf nordamerikanische Produktionsziffern zu bringen. Ueber das erste gibts nichts mehr zu lachen. Von dem zweiten ist man nicht mehr so weit entfernt, und die russischen Leser der letztjährigen Novemberpublikation des Instituts für Konjunkturforschung werden sich das ihre dabei gedacht haben, wenn sich Herr Wagemann bei der Betrachtung über die Gleichmässigkeit des Rückgangs der Aktienkurse und Börsensätze an allen internationalen Plätzen zu der inhaltsschweren und sehr nachdenklich stimmenden Bemerkung entschliesst: „Sie ist eine Folge der gerade in den letzten Jahren stark erweiterten, durch die Gründung zahlreicher Holding- und Finanzierungsgesellschaften geförderten internationalen Kapitalverflechtung“. Bleibt nur das Letzte immer noch eine Utopie. Aber von dem Getzte ist auch nach dem Verlauf des Jahres 1930 zu sagen, welche Klasse, welches System, ob Knote oder Flamme, rot oder rosa oder weiss, wer in Russland künftig die Macht haben wird, wird die Konzeption des Fünfjahrplans haben und ihn immer wieder erneuern müssen. Sollten sich die jetzigen Machthaber nicht halten können und sollte ihr Fünfjahrplan scheitern, die Erben werden nicht anders können, und sie werden ihrem nächsten Nachbarn dieselben Aufgaben stellen, dieselben Querschläge aussteilen wie heute. Dieser Nachbar ist Europa, das zu allem anderen im vergangenen Jahr auch die Wirkungen des Russenplanes verspüren musste. So gesehen - und nur so, nämlich auf Jahrzehnte, lässt sich das Problem der gesamten russischen Wirtschaftsentwicklung sehen - bedeutet der Versuch der Sowjets nur ein Versuch, dem nach 1930 neue Versuche, aber in der gleichen Richtung, folgen werden, folgen müssen, möglicherweise von anderen Leuten. Es hat also nichts auf sich, wenn der Versuch der Sowjets scheitern müsste, der überdies als erster über keinerlei Vorbild und warnende Erfahrung verfügt. Es besagt daher auch nichts, wenn die bisherigen Ergebnisse des Jahres 1930 hinter den Erwartungen der Moskauer Machthaber zurückgeblieben sind, wie sie der Aussenstehende allein an der Gestaltung der russischen Warenbilanz, die dort einer Zahlungsbilanz gleichkommt, abzulesen vermag. Schloss das Jahr 1929 immerhin noch mit einem knappen Ausfuhrüberschuss von 30 Millionen Rubel ab, so bleibt nach den bisherigen Resultaten für 1930 die Ausfuhr um mindestens 150 Millionen Rubel hinter der Einfuhr zurück. In der Notwendigkeit einer forcierten Ausfuhr aber liegt das Problem, wie es vor allem für Europa im Laufe des vergangenen Jahres akut geworden ist und in den nächsten Jahren noch schwerwiegender werden wird; die Störungen nämlich, die die russische Ausfuhr auf einen Teil der europäischen Märkte verursacht hat. Die einzige Aufgabe des in den Details höchst wahllosen und dem Augenzwinkeln unterworfenen sowjet-russischen Aussenhandels ist seine aktive Gestaltung als des einzigen Mittels, die so notwendigen ausländischen Zahlungsmittel herbeizubekommen. Das Gelingen des Planes basiert bekanntlich auf einer ungeheuren, in der Geschichte der modernen Wirtschaft in diesem Ausmass einzig dastehenden Investierung an Produktionsmitteln, in der Phrasologie des Planes: auf der „mechanischen Energieausrüstung“. In dieser entfällt der grösste Teil auf die Einfuhr ausländischer Fabrikate, Maschinen jeder Art vor allem, und Halbfabrikate bis zu kompletten Fabrikinstallationen. Von der Gesamtsumme der in den fünf Jahren vorgesehenen Investitionen von 65 Milliarden Rubel entfällt mehr als die Hälfte auf Auslandsbezug. Das bedeutet, über die entsprechende Summe in ausländischer Valuta zu verfügen. Da aber Russland die besonderen Möglichkeiten der Valutabeschaffung anderer Länder nicht mehr hat - weder aus Dienstleistungen russischer Institute im Ausland, Banken, Schifffahrt, Versicherung (zwar werden neuerdings im Ausland „Intourist“-Büros für Reisen, Jagden und Erholungsaufenthalt in Russland), noch aus russischem Besitz im Ausland - da namhafte Kredite ausgeblieben sind, so bleibt als einziges Mittel der Valutabeschaffung der Export. Da die Investierung von Jahr zu Jahr dringender wird und nach dem Gesetz der Planung steigt, steigt auch der Zwang der Valutabeschaffung, die Notwendigkeit des Exports, unter allen Umständen und zu jedem Preis. Die Weltwirtschaft, voran die europäische, hat diese Forcierung des russischen Exports im vergangenen Jahr erstmalig erheblich zu spüren bekommen und als Dumping empfunden. Sie wird es in den kommenden Jahren noch stärker, wenn sie wie bisher zwar konsterniert, aber tatenlos zusieht. Dass den Sowjetleuten ausserdem die famose Erleichterung gekommen ist, dass ihre Exportmethoden dazu angehen sind, die Krise in der kapitalistischen Welt zu verschärfen, ihr Export also auch noch einen politischen Propagandainhalt erhält, nur nebenbei. Die 1930 vorgenommenen Investitionen werden die für den gleichen Zweck 1929 aufgebrauchten Summen für die Einfuhr um ein beträchtliches übersteigen, und die Ausfuhr konnte im Vorjahr erstmalig nicht Schritt halten mit der wachsenden Einfuhr, weil die Warenspesies, die eine russische Ausfuhr regulär gestalten könnten, überhaupt noch nicht oder nicht mehr zur Disposition stehen. Möglich, aber kaum glaubhaft, dass das sich in den nächsten Jahren noch aufhalten lässt, wenn sich die Investitionen erstmalig zu reutieren beginnen, aber zur Zeit ist die Voraussetzung zu pilgrosamer Produktion exportfähiger Waren nicht gegeben. Denn der russische Notexport ist deswegen so unübersichtlich und unberechenbar, weil er - als Gesamterscheinung zwar konsequent - seine Vorgesänge plötzlich und in der Auswahl der Waren ohne konjunkturelle Begründung führt, europäische Teilmärkte trifft, sie stellenweise gründlich ruiniert, dann aber selbst wieder aus Erschöpfung der eigenen Quellen das jeweilige Objekt aufgeben muss, auf die Suche nach anderen Objekten geht und das Spiel von neuem beginnt. Getroffen sind vor allem Vieh- und landwirtschaftliche Erzeugnisse, mit denen Russland normalerweise keine konjunkturell gerechtfertigten Dumpingvorfälle wagen könnte, da seine eigene Basis schmal genug ist. Das heisst aber, der russische Aussenhandel muss sich zum guten Teil Waren aussuchen, um überhaupt exportieren zu können, allenfalls begünstigt durch periodische Lücken auf den einzelnen Märkten, Waren indes, deren es selbst dringend bedarf, und an denen die Bevölkerung grössten Mangel leidet. Ihr entzieht man in Ermangelung wirklich auf den Export zugeschnittener Waren alle erdenklichen Konsumgüter - Fleisch, Lebensmittel, Haushaltungswaren des täglichen Bedarfs - und bringt sie zum Export. Russland hungert - nicht aus direktem Mangel an Waren, sondern weil alles erreichbare Gut gegen Maschinen eingetauscht wird. Und die Menschen scheinen es zu ertragen unter der grandiosen Suggestion: 1933 wird der Plan Russland frei und unabhängig gemacht haben. Die vorhergehenden Wirkungen auf den einzelnen Märkten sind bekannt. Sie sind natürlich dort noch grösser, wo Russland aus wirklicher Produktionskraft preisgebietend auf den internationalen Märkten auftreten kann. Das gilt in bescheidenen Anfängen schon wieder von den russischen Weizenverkäufen, das gilt bedrohlich vom russischen Holzexport. Man muss sich klar machen, was das heisst, dass die russische Holzeinfuhr nach Deutschland im ersten Halbjahr 1928 7000, im ersten Halbjahr 1929 31 000, im entsprechenden Halbjahr 1930 221 000 t betrug. Beamte der Forstverwaltung können davon erzählen, wie ihre deutsche Kundschaft nach Archangelsk abgeschwenkt ist, und unter welchen Bedingungen sie dort am Platze kauft. Vom Preise ganz abgesehen, dem Zwangsarbeit von Deportierten und Hungerlöhne zugute kommen, ist der Käufer in der Lage, sich nur die ausgesuchteste Ware zu besorgen und seine Wünsche in einer Weise berücksichtigt zu sehen, wie es der deutsche Holzproduzent nicht im entferntesten vermag. Jede irgendwie fehlerhaft erscheinende Ware kann bis zum Stück zurückgewiesen werden, wobei der Lieferant auf gegenteilige zeitraubende Reklamationen verzichtet. Typisch dabei, dass die Russen mit dem Gedanken umgehen, mit der beanstandeten Ware die Etablierung einer eigenen Holzverarbeitungsindustrie in den nördlichen Bezirken zu beginnen. Es liegt auf der Hand, dass gegenüber einer solchen Konkurrenz sich der einzelne nicht zu wehren vermag. Was aber bisher an Versuchen unternommen worden ist, den europäischen Markt mobil zu machen, steht im umgekehrten Verhältnis zu der Energie der Sowjets. Dort handelt man, im Westen erschöpft sich die Ratlosigkeit in Resolutionen, wie jüngst etwa der Beschluss der österreichischen Industrie, der Internationalen Handelskammer in Paris den Antrag zu stellen, die Frage der Gefährdung der europäischen Wirtschaft durch die fortgesetzten Bestrebungen Russlands nach wirtschaftlicher Expansion auf Kosten dritter Staaten durch Dumpingverkäufe zu untersuchen und entsprechende Massnahmen zur gemeinsamen Abwehr seitens der europäischen Staaten vorzubereiten.

Alle Betriebe führen aber Klage über die Verschlechterung der Zahlungsweise und über die Zunahme der Wechselprotektziffern. Man ist angesichts dieser Sachlage von dem Verkauf durch Vermittlung der Grosshändler abgekommen und betreibt einen kommissionsweisen Verkauf durch Agenten.

Getreide.

Die Weltgetreidemärkte haben in der letzten Woche sehr ruhig gelegen, und die Preise sind nur geringfügigen Schwankungen ausgesetzt gewesen, wobei allerdings die Tendenz sichtbar nach unten zeigte. Neue Baissemomente sind zwar nicht eingetreten, aber die statistische Lage bleibt nach wie vor sehr beunruhigend. Die alten Vorräte und die Uberschüsse aus den letzten Herbstern stellen Reserven dar, die fortgesetzt auf den Markt drücken müssen. Daneben bleibt der Bedarf der Zuschussländer ständig gering. Die Vorräte an greifbarer und schwimmender Ware aus russischen und nordamerikanischen Verschiffungen reicht für die nächsten sechs Wochen aus. Die italienischen Häfen sind sogar so voll von russischem Getreide, dass Italien neben Holland die niedrigsten Preise aufzuweisen hat. Daneben wirken sich die Abschlusssbestrebungen in Deutschland und Frankreich aus. In wenigen Wochen aber wird zweifellos wieder ein starker Zustrom von argentinischem und australischem Weizen einsetzen. Auch Kanada dürfte nach Wiedereröffnung der Schifffahrt stärker exportieren. Etwas günstiger sieht es mit den russischen Beständen aus. Sie sind in der letzten Zeit stets in feste Hände gekommen und haben sich daher weniger fühlbar gemacht. In den letzten Wochen wurden nur noch 50 000 qrs verschifft, wovon 27 000 nach England und 23 000 nach Italien gingen. Die vorwöchige australische Ausfuhr stieg demgegenüber auf 630 000 qrs Weizen, wovon aber nur ca. die Hälfte nach Europa ging. Der Rest wurde von China und Japan aufgenommen. Im übrigen hat sich in der Vorwoche die La Plata-Regierung an die nordamerikanische und die kanadische Regierung gewandt, um gemeinschaftliche Massregeln gegen die Baisse Spekulation an den Terminmärkten zu ergreifen. Insbesondere denkt man natürlich an den Chicagoer Weizenmarkt, dessen Preise immer noch um rund 25 ct. über denen Winnipegs und der anderen internationalen Weltmärkte liegen. Die letzte Woche hat aber auch hier schon einen leichten Rückgang um 1 ct. gebracht. Das dürfte in erster Linie mit dem langsameren Rückgang der Maispreise zusammenhängen. Die Differenz gegenüber dem Weizenpreis stellt sich jetzt schon auf 14 ct., und dadurch wird der Anreiz zur Weizenverfütterung vermindert. In Genf haben in der letzten Woche die Vertreter diverser Getreideproduktionsländer Verhandlungen über ein Getreideausfuhr-Abkommen geführt, die jedoch negativ verliefen. Nach den letzten Erntestandsmeldungen ist in Britisch-Indien der ersehnte Regen ausgeblieben, so dass man kaum mit einer Ausfuhr dieses Gebietes wird rechnen brauchen. Der Einfuhrbedarf wird dagegen grösser als im Vorjahre werden. Der in Argentinien niedergegangene Regen hatte Qualitätsschädigungen zur Folge, doch dürfte die Weizenerte an sich kaum verringern. Das letztere gilt auch für Australien, wo infolge der dort herrschenden Witterung der Weizen etwas gebleicht wurde. Der neue Präsident des amerikanischen Farm Boards, Legge, vertritt bekanntlich die Auffassung, dass die Farmer den Weizenanbau soweit einschränken sollen, dass eine Ausfuhr nicht mehr unbedingt erforderlich ist. Nach einer Meldung des Washingtoner Ackerbauamts hat sich denn auch die Aussaat von Winterweizen um 1.1 Prozent verringert, so dass die U.S.A. wirklich nicht mehr exportieren können. Trotzdem aber wird vermutlich ein Rückgang der Weizenpreise nicht ausbleiben, da Russland dafür mehr exportieren wird. In der letzten Woche gestalteten sich übrigens die internationalen Getreidepreise wie folgt:

Internationale Getreidepreise: Weizen: Chicago per März 10.1, Winnipeg per Mai 8.1, Roggen: Chicago per März 4.1, Hafer: Chicago per März 3.3, Mals: Chicago per März 6.9, Buenos Aires per Februar 3.94, Buenos Aires 10.1 5.87; 17.1 5.61.

Auch der deutsche Markt zeigte eine sehr ruhige Geschäftslage - und per Saldo nur minimale Preisschwankungen. Mitte der Woche, als der Mchlbedarf plötzlich abflaute, gingen die Weizenpreise allerdings nicht unerheblich zurück, doch wurde dieser Rückgang bis Ende der Woche wieder ausgeglichen. Man glaubt, dass auf die Dauer eine gewisse Knappheit in altem Weizen fühlbar werden wird, denn wir haben jetzt noch volle 7 Monate Verbrauchszeit vor uns, und es ist kaum anzunehmen, dass bei Aufrechterhaltung der Verarbeitungsquote das inländische Material ausreichen dürfte. Am Roggenmarkt waren die Veränderungen gleichfalls minimal. Die Stützungsstelle war zeitweilig als Käufer im Markt. Das inländische Angebot war zwar nicht

Die Preissenkung marschiert.

Die durch die Regierung eingeleitete Aktion zieht bereits immer weitere Kreise. So hat der Warschauer Detailistenverband kürzlich beschlossen, die Preise für Kolonialwaren herabzusetzen, und zwar um 2 bis 10 Prozent. 1 kg Kakao soll statt wie bisher 7 Zl. 6 Zl. kosten. Zichorie 1.75 Zl. statt 1.90 Zl. Reis, 1. Sorte 1.20 Zl. statt 1.40 Zl., 2. Sorte 90 gr statt 96 gr, Essig 50 gr statt 56 gr, Weizenmehl, 1. Sorte 65 gr statt 75 gr, 2. Sorte 55 gr statt 65 gr, Roggenmehl 38 gr statt 40 gr, Makaroni 1.50 Zl. statt 1.65 Zl. Die Warschauer Bäcker haben die Preise für Brot mit Wirkung vom 21. Januar um 2 gr pro kg herabgesetzt. Auch in Lodz wurden durch Beschluss der Preisfestsetzungskommission erhebliche Ermässigungen der Preise für Brot und Lebensmittel vorgenommen, die ebenfalls am 21. Januar in Kraft getreten sind.

Die polnische Papierfabriken haben eine Preisherabsetzung für Rotationspapier um 2 Groschen pro Kilogramm beschlossen; der Nettopreis beläuft sich demnach laut Preislisten des Papierverbandes auf 0,65 Zl. Bei anderen Papierarten ist ohne Preisänderung die Gewährung von Rabatten in Höhe von 3 Prozent bis 15 Prozent und mehr für alle Abnehmerkategorien beschlossen worden. Die Zahlungsbedingungen sind mit Rücksicht auf die schwierige Lage im Verlagsgeschäft erleichtert worden. Grössere Rabatte führt auch das Syndikat für holzfreies Papier ein.

Für produktive Notstandsarbeit.

Arbeitslose verzichten auf Unterstützung. Mit einer eigenartigen Denkschrift sind Vertreter Lodzer Arbeitloser an das Arbeitsministerium in Warschau herangetreten. In der Denkschrift erklären sie, sowohl auf die gesetzlichen als auch auf die von Fall zu Fall während des Winters zur Verteilung gelangenden Unterstützungen verzichten zu wollen. Statt dessen regen sie den Beginn von grosszügigen öffentlichen Arbeiten in der Lodzer Wojewodschaft an, bei der dann die Arbeitslosen produktive Arbeit leisten könnten. In der Denkschrift wird auch gleich eine Reihe derartiger Arbeiten, die im Augenblick aufgenommen werden können, angeführt, so der Strassenbau und die Ausgrabung von Steinen für den Chausseebau. Auch bei dem beabsichtigten Bau eines neuen Güterbahnhofs könnten Tausende von arbeitslosen Arbeitern beschäftigt werden.

stark, genügt aber für den Bedarf. In den Kreisen des Getreidehandels setzt sich im übrigen immer mehr die Erkenntnis durch, dass wir an einem Wendepunkt der Agrarpolitik stehen, da die schwierige Finanz- und Kassenlage des Reiches über kurz oder lang die Weiterführung der Stützung in der bisherigen Form verbieten wird. Eine Lockerung wäre aber durchaus möglich, denn der grösste Teil der Landwirte hat sein Getreide bereits verkauft, so dass für den Rest des Jahres das Interesse an hohen Preisen nicht mehr so gross ist. Eine Preisermässigung könnte aber für die Besserung unserer gesamten Wirtschaftslage von wesentlicher Bedeutung sein und zur Hebung des Konsums beitragen. Am Hafermarkt konnten die Preise auf Gerüchte über angebliche Regierungsverhandlungen über die Bewilligung von Einfuhrscheiden kräftig anziehen.

Auf dem polnischen Getreidemarkt vermutet man einen neuen Rückgang der Preise im Zusammenhang mit der Tatsache, dass in den nächsten 6 Wochen von der Landwirtschaft für etwa 23 Millionen Zloty Wechsel einzulösen sein werden und sich infolgedessen das Getreideangebot erheblich vergrössern dürfte. Man erwartet allerdings eine Stützungsaktion der Regierung in Form einer Prolongierung der Schulden oder neuer Kredite.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten in der Zeit vom 12. 1. bis 18. 1. 1931 nach Berechnung des Getreide-Warenbüros in Warschau. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Zloty. Inlandsmärkte: Weizen Roggen Gerste Hafer, Warschau 24.34 18.60 25.50 23.00, Krakau 24.91 18.75 26.50 22.50, Lemberg 24.50 18.35 - 22.55, Posen 21.75 17.85 26.00 21.00. Auslandsmärkte: Berlin 54.06 32.44 43.74 29.68, Hamburg 25.02 - 15.21 13.68, Prag 37.35 24.82 39.47 28.12, Brünn 35.24 25.93 38.94 27.98, Danzig 24.68 19.57 24.68 21.86, Wien 28.12 22.46 35.94 25.70, Liverpool 24.05 - - 20.34, New York - 16.02 - - 20.87, Chicago 26.43 14.50 21.62 20.87, Buenos Aires 22.18 - - 12.78.

Märkte.

Produktenbericht. Berlin, 21. Januar. Nach den gestrigen Preisrückgängen trat an der heutigen Produktenbörse wieder eine Erholung ein. Das Inlandsangebot von Weizen war mässig, und die Nachfrage der Mühlen liess heute eine gewisse Belebung erkennen. Die Meinungen über die Höhe des Vermahlungszwanges im Monat Februar gehen noch auseinander, jedoch rechnet man verschiedentlich mit der Beibehaltung der gegenwärtigen Quote von 80 Prozent. Im Promptgeschäft waren bei mässigen Umsätzen etwa 2 Mk. höhere Preise zu erzielen. Der Lieferungsmarkt setzte 1-2 Mk. fester ein. Roggen ist keineswegs reichlich offeriert. Die Mühlen scheinen ziemlich schwach versorgt zu sein und bekunden für gute Qualitäten Kauflust, obwohl von einer nennenswerten Belebung des Roggenmehlgeschäftes nicht gesprochen werden kann. Das Preisniveau lag am Prompt- und Lieferungsmarkt etwa 1 Mk. über dem gestrigen Schluss. Weizenmehl hat bei unveränderten Preisen laufendes Bedarfsgeschäft, von Roggenmehl finden die im Preise niedrigeren Provinzfabrikate vereinzelt bessere Beachtung. Hafer ist ausreichend offeriert, die Kauflust beschränkt sich auf feine Sorten, für die die Preise behauptet sind. Der Lieferungsmarkt setzte 1 1/2 Mk. höher ein. Gerste weiter ruhig.

Berlin, 21. Januar. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark Weizen 257-259, Roggen 154-157, Braugerste 199 bis 213, Futter- und Industrieernte 188-194, Hafer 138-145, Weizenmehl 29.50-36.75, Roggenmehl 23.60 bis 26.60, Weizenkleie 10.40-10.60, Roggenkleie 9.10 bis 9.60, Kleine Speiserbsen 22-24, Futtererbsen 19-21, Petuschkens 20-21, Ackerbohnen 17-18, Wicken 18-21, blaue Lupinen 13-15, gelbe Lupinen 18-21, Rapskuchen 9-9.50, Leinkuchen 15.50-15.75, Trockenschrot 6.10-6.40, Soya-Schrot 13.40. Handelsrechtliches Lieferungs-geschäft. Weizen: März 277.50-278.50, Mai 285-287, Juli 290. Roggen: März 177 und Geld, Mai 182-182.25, Juli 185-186. Hafer: März 155, Mai 162.50 und Geld, Juli 168.50. Zucker. Magdeburg, 20. Januar. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack): Januar 6.50 Br., 6.40 G.; Februar 6.60 Br., 6.50 G.; März 6.70 Br., 6.60 G.; April 6.70 Br., 6.65 G.; Mai 6.80 Br., 6.75 G.; August 7.15 Br., 7.10 G.; Oktober 7.35 Br., 7.30 G.; Dezember 7.50 Br., 7.45 G. Tendenz: stetig.

Märkte.

Getreide. Posen, 22. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznan

Table with 2 columns: Grain type (e.g., Roggen 15 to, Weizen) and price in Zloty.

Gesamt tendenz: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: 390 to Roggen, 199 to Weizen, 75 to erste, 115 to Hafer.

Getreide. Warschau, 20. Januar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty...

Getreide. Lemberg, 20. Januar. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg, Parität Lemberg: Gutsweizen 24.50-25, Sammelweizen 22.50-23...

Kattowitz, 20. Januar. (Erzeugerpreise, mitgeteilt von Firma Landbedarf Katowice, Tel. 1017.) Für 100 kg wurden bezahlt in Zloty: Weizen Inland 25-26, Export 44-46...

Danzig, 21. Januar. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 130 Pid. 13.40-13.60, Weizen 128 Pid. 13 bis 13.25, Roggen, neu 11-11.10...

Vieh und Fleisch. Warschau, 21. Januar. Schweinenotiz Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.20-1.40 z. Aufgetrieben wurden 1080 Stück...

Heu und Stroh. Berlin, 20. Januar. (Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter.) Erzeugerpreise ab märkischer Station frei Waggon für 50 kg in Goldmark: Roggenstroh drahtgepresst 0.60-0.70...

Zucker. Magdeburg, 21. Januar. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack): Januar 6.50 Br., 6.40 G.; Februar 6.60 Br., 6.50 G.; März 6.65 Br., 6.60 G.; April 6.70 Br., 6.65 G.; Mai 6.75 Br., 6.70 G.; August 7.10 Br., 7.05 G.; Oktober 7.30 Br., 7.25 G.; Dezember 7.45 Br., 7.40 G. Tendenz: ruhig.

Zucker. Magdeburg, 21. Januar. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack): Januar 6.50 Br., 6.40 G.; Februar 6.60 Br., 6.50 G.; März 6.65 Br., 6.60 G.; April 6.70 Br., 6.65 G.; Mai 6.75 Br., 6.70 G.; August 7.10 Br., 7.05 G.; Oktober 7.30 Br., 7.25 G.; Dezember 7.45 Br., 7.40 G. Tendenz: ruhig.

Danziger Börse.

Danzig, 21. Januar. Reichsmarknoten 122.43 Zlotynoten 57.75%, London 25.01%, Dollarnoten 5.16%...

Warschauer Börse.

Warschau, 21. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9225, Goldrubel 4.725, Tschernowontz 0.37 Dollar.

Fest verzinliche Werte

Table with 3 columns: Bond type (e.g., 5% Dollaranleihe), price, and date.

Industrieaktien

Table with 4 columns: Company name (e.g., Bank Polski, Węgiel), price, and date.

Tendenz: unruhig.

Table with 4 columns: City (e.g., Amsterdam, London), currency type, and exchange rate.

Posener Börse. Fest verzinliche Werte.

Table with 4 columns: Bond type (e.g., 3 1/2% staatliche Goldanleihe), price, and date.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 22. Januar. (R.) Bei geringen Umsätzen war die Tendenz des heutigen Börsenbeginns etwas unsicher.

Industrieaktien.

Table with 4 columns: Company name (e.g., Accumulator, Adlerwerke), price, and date.

Tendenz: geschäftlos.

Table with 4 columns: Bond type (e.g., Dt. R. Bahn, A.G.F. Verkebr), price, and date.

Absl. Schuld - - - - - 51.60 51.50

Amtliche Devisenkurse.

Table with 4 columns: City (e.g., Buenos Aires, Bukarest), currency type, and exchange rate.

Table with 4 columns: City (e.g., London, New York, Rio de Janeiro), currency type, and exchange rate.

Ostdevisen. Berlin, 21. Januar. Auszahlung Posen 47.05-47.25 (100 Rm. = 211.64-212.54)...

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen ohne Gewähr.

So behandelt man Taschendiebe.

Gestern fiel Herrn J., Bürovorsteher in der Belage, auf, daß er auf seinem Weg von der Bank für Handel und Gewerbe zur Danziger Privatbank...

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 1/2 bis 13 1/2 Uhr. W. S. 1. Zuständig ist die Verwaltungsbehörde erster Instanz, das Starostwo...

Posener Kalender

Posener Bachverein.

In bezug auf die Aufführung der H-moll-Messe von J. S. Bach, die für den 1. Februar hier und für den 2. Februar (Mariä-Vichtmeh) in Bromberg geplant war...

So wären die jetzt geplanten zwei Aufführungen mit großem Chor und großem Orchester und einigen Solisten aus Deutschland nur dann möglich gewesen, wenn sich eine größere Garantiesumme hätte beschaffen lassen.

Es müssen eben „Notaufführungen“ werden, wie wir sie im Kriege und bald nach dem Kriege gehabt haben.

Es muß auf ein Zusammenwirken des Gesamtkchors, auf ein großes Orchester und fremde Solisten verzichtet werden. Jede der Chorguppen hier, in Gnesen und in Wissa wird die einstudierten Werke für sich zu Gehör bringen mit Unterstützung des „kleinen“ Chors, der überall mitwirkt.

So kommt nun die H-moll-Messe am Sonntag, dem 1. Februar, um 16 Uhr im Evangelischen Gemeindehause in Wissa zur Aufführung, am 2. Februar (Mariä-Vichtmeh), um 16 Uhr hier in der Kreuzkirche, am Sonntag, dem 8. Februar, um 16 Uhr in Gnesen im Logenloale.

Die Eintrittspreise werden mit 4, 2 und 1 Zloty so bemessen sein, daß ein Massenbesuch möglich ist und die Unkosten gedeckt werden können.

Diese „Sparmaßnahmen“ gehören in den Rahmen dessen, was übera ll geschieht, weil es geschehen muß. Sie finden gewiß die Billigung aller derer, denen daran liegt, daß uns die Möglichkeit erhalten bleibt, auch in unserer wirtschaftlichen Notzeit die Werke Bachs zu hören, die die Herzen - hoffentlich! - erst recht aufschließen sind für das, was die große Kunst Bachs uns an Glaubenskraft, Serjensrieden und Willensstärke zu künden hat.

Heute abend singt im hiesigen Radio die Mezzosopranistin Fräulein Elsa Kromm aus Berlin, deren Gesang in Städten wie Berlin, Hamburg und Königsberg seitens der Kritik außerordentlich günstig beurteilt worden ist.

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Donnerstag, 22. 1.: „Die Kraft des Schicksals.“ (Gastspiel der Marja Janowska.) Freitag, 23. 1.: „Das Weibchen von Montmartre.“

Revue-Theater.

Täglich „Der Bigos von Madeira.“

Kinos:

Apollo: „Reize der Gefahr.“ Casino: „Vater, ich will einen Grafen!“ Colosseum: „Von Chaney als Gespenst der Burg ruine.“

Nachdienst der Ärzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der Bereitschaft der Ärzte, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedr. rickstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachdienst der Apotheken vom 17.-24. Januar. Altstadt: Apteka Sapiezynska, Plac Sapiezynski Nr. 1, Apteka pod Głupalpem, Plac Wolności 13.

Nachmittags bis 9 Uhr abends, die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurschin, ul. Marija-Jozha 158, die Apotheke der Eisenbahntrankentafel, St. Martin 18, und die Apotheke der Stadtfrankentafel, ul. Pocztowa 25.

Wetterkalender der Posener Wetterwarte für Donnerstag, 22. Januar.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft - 8 Grad. Ostwinde. Barometer 766. Bewölk. - 8 Grad Celsius.

Wettervorhersage für Freitag, den 23. Januar.

Bewölkungszunahme mit Milderung des Frostes. Winddrehung auf Süd.

Rundfunkwoche.

Posen. 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 13: Zeitfunke. 13.05: Grammophonkonzert. 14: Hörfemnotierungen. 14.15: Landw. Berichte. 17.45: Von Warschau. Hörspiel für die Jugend. 18.15: Von Warschau: Konzert für Kinder. 18.45: Opernarien und Gesänge. 19.15: Musikal. Intermezzo. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Von Warschau: Konzert leichter Musik. 22.45-24: Gesang und Musik aus dem Kabarett Apollo.

Breslau-Gleiwitz. 15.10: Kinderzeitung. 15.35: Unterhaltungskonzert d. Funkkapelle. 16.05: Das Buch des Tages. 16.20: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 18.25: Wetter für die Landwirtschaft. Anshl.: Zur Unterhaltung (Schallpl.). 19.30: Von Berlin: „Die Zaubervolte“. 22.30: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 23-0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsbrunn. 12: Schulfunk. 14: Von Berlin. Schallplatten. 15: Kinderbastelstunde. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 18.30: Hochschulfunk. 19: Die Welt des Arbeiters. Ab 19.30: Übertragungen von Berlin. 19.30: „Die Zaubervolte“. 22.30: Nachrichten. Anshl. bis 0.30: Tanzmusik.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 4 1/2 Uhr. - Sonnabend, morgens 7 1/2 Uhr; Sonntag, abends, vormittags 10 Uhr; Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr. - Sabbath-Ausgang 5.10 Minuten. - Werktaglich, morgens 7 1/2 Uhr; Werktaglich, abends 4 1/2 Uhr. (Die Synagoge ist geheigt.)

Aus der Republik Polen.

Die polnischen Flieger in Oppeln.

Warschau, 21. Januar. (Kat.) Die Anklageschrift gegen die in Oppeln verhafteten polnischen Flieger ist vom Oberstaatsanwalt Wolff dem Gericht zugegangen. Die Anklage wirft den polnischen Fliegern illegale Ueberschreitung der Grenze und ein Vergehen gegen das deutsche Fluggesetz vor.

Buchdruckerstreik in Luec.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur aus Luec ist gestern in allen Druckerereien ein Seherstreik ausgebrochen. Die Seher verlangen 25 Prozent Lohnerhöhung, worauf die Druckereibesitzer natürlich nicht eingehen.

Die Arbeitslosen in Polen.

Nach den letzten Angaben befinden sich in Polen gegenwärtig 321 540 Arbeitslose, von denen 101 336 Beihilfen genießen. Auf größere Industriezentren entfallen: Wojewodschaft Schliesien 53 562, Lodz 41 452, Warschau 17 743, Sosnowitz 17 172, Gagnostochau 12 326, Pommernellen 11 133, Krakau 10 820, Bromberg 10 482.

Keine tschechisch-polnische Einigung.

Der „Nustromany Kurjer Codzienny“ brachte mehrfach sensationell aufgemachte Mitteilungen über einen engen Zusammenschluß der tschechischen Nationalkirche, die in der Tschechoslowakei bekanntlich außerordentlich verbreitet ist, und der polnisch-katholischen Nationalkirche, die in Polen noch immer keine Legalisierung erreicht hat.

Unheilvolle Zustände.

Aus einem Artikel von George Bronson Rea in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „The Far Eastern Review“, Shanghai, Juni 1930, entnehmen wir den nachstehenden, sehr interessanten Abschnitt.

Galtet Abend, der Chefforrespondent für die New York Times in China, der am 14. Juni von den Vereinigten Staaten zurückkehrte, überbrachte dem chinesischen Volk eine Botschaft, die von der Shanghai-Times veröffentlicht wurde und ernste Beachtung verdient.

Die Chinesen haben die Welt erjucht, ihnen zu erlauben, ihre eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu regeln, und dieses Recht ist ihnen von den Großmächten zugestanden worden. Seit Jahren hat keine ausländische Macht sich ernstlich in ihre endlosen Bürgerkriege eingemischt.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien, in den

tschechischem Gelde unterstützt werde. Allem Anschein nach entbehrt diese Sensationsnachricht jedoch des sachlichen Hintergrundes, da die polnische Nationalkirche selbst darüber noch nichts berichtet hat, dagegen aber die Mitteilungen des „Nustromany Kurjer Codzienny“ über die Geldunterstützungen energisch zurückweist.

Der katholischen Kirche wird das Armenrecht zuerkannt.

Die römisch-katholische Kirche macht bekanntlich Ansprüche geltend auf 724 orthodoxe Gotteshäuser, vornehmlich in Wolhynien und im wehrkräftigen Gebiet, da diese vor mehr als 100 Jahren katholisch gewesen seien.

Vereinigten Staaten, im benachbarten Japan und in anderen Industrieländern ist zu einem verhängnisvollen Problem geworden und bedroht die Stabilität der betreffenden Regierungen.

China hat das Recht, Herr in eigenen Hause zu sein, sein Land durch unaufhörliche Kriege zu ruinieren, Millionen seiner eigenen Bürger dem Hungertode preiszugeben, aber wenn diese Rechte der Souveränität soweit getrieben werden, daß die Stabilität anderer Regierungen und der Lebensunterhalt von Millionen von Arbeitern in anderen Teilen der Welt dadurch gefährdet wird.

Chinas Unfähigkeit, seinen Verpflichtungen der übrigen Welt gegenüber nachzukommen, der Verfall und Ruin seines Landes und die Verelendung von Millionen von Menschen, machen es genau so zu einem Instrument Moskaus, als ob es ein Teil des Sowjet-Systems sozialistischer Republiken wäre.

Stabilität und Friede in China, verbunden mit einem Wiederaufleben der Kaufkraft seiner Bevölkerung und einer Festigung des Kredit der Regierung werden dazu beitragen, das Weltproblem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Pariser Verhandlung wegen der Litwinow-Wechsel.

Paris, 22. Januar. (R.) Von dem Pariser Schwurgericht war gestern ein Termin gegen den in Berlin lebenden Russen Jakob Alchich anberaumt, der in die Angelegenheit der gefälschten Sowjetwechsel des Bruders des Volkskommisars Litwinow, die die Pariser Gerichte bereits beschäftigt haben, verwickelt sein soll.

Posener Tageblatt

Mit den Beilagen:

- Sonntag: Die Welt der Frau. — Kinderland.
Dienstag: Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch: Recht und Steuern.
Donnerstag: Unsere Heimat.
Freitag: Aus aller Welt.
Sonntagabend: Der Kulturspiegel.

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“ und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“.

Nichtöffentliche Vormittagsitzung in Genf.

Genf, 22. Januar. (R.) Der Völkerbundsrat hat heute entgegen den ursprünglichen Absichten die Aussprache über die deutschen Beschwerden bezüglich Oberschlesien unterbrochen.

Deutsches Reich.

Eifer suchtstragödie in einem Krankenhaus.

Berlin, 21. Januar. (R.) Im Städtischen Krankenhaus in Goldberg überfiel, der „B.Z.“ zufolge, ein 35jähriger Nephrotiker aus Eifer sucht eine in der gleichen Anstalt untergebrachte Kranke, schlug mit einer Art auf sie ein und verletzte sie tödlich.

Mord und Selbstmord.

Stuttgart, 21. Januar. (R.) Nach ehelichen Zwistigkeiten hat gestern abend der Kaufmann Sigel seine Frau durch zwei Schüsse in Brust und Kopf getötet und dann sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe das Leben genommen.

Der Protest gegen den Goldmacher.

München, 20. Januar. (R.) Im Protest gegen den Goldmacher Taufend wurde heute die Gründung der Studiengesellschaft Taufend eröffnet. Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest, daß die Summe der für die Studiengesellschaft eingezahlten Beträge zuletzt etwa 820 000 Mark betragen habe, was Taufend zugibt.

4prozentige Gehaltsenkung in der Württembergischen Uhrenindustrie.

Rottweil (Württemberg), 22. Januar. (R.) Bei den gestern vor den vereinigten Schlichtungsausschuss unter Vorsitz von Landgerichtsrat Enders abgehaltenen Gehaltsverhandlungen der deutschen Uhrenindustrie wurde einstimmig ein Schiedspruch gefällt, der die Verhältniszahl des bisherigen Gehaltstariers von 218 auf 209 Rmf. herabsetzt.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch, für den Handel und Wirtschaft: Erich Leventhal, für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierten Beilagen: „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch, für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf, Verlag „Posener Tageblatt“, Druck: Concordia Sp. Aka. Sämtlich in Polen, Zwierzyniecka 6.

Bestellungen auf das „Posener Tageblatt“

für den Monat Februar d. Js. werden von den Briefträgern vom 15. — 25. Januar von allen Postanstalten, unierren Agenturen, von der Geschäftsstelle in Polen, Zwierzyniecka 6 aber jederzeit entgegengenommen.

Interpellation in Sachen der Verhaftung polnischer Flieger auf deutschem Gebiet. Er bat, daß in kürzester Zeit ausgehört würde, welche Schritte die Regierung zur Befreiung der Flieger unternommen habe.

Japans Außenpolitik.

London, 22. Januar. (R.) Ueber Japans Außenpolitik sprach gestern der japanische Außenminister Shidehara im Parlament. Der Minister führte u. a. aus, daß der Abschluß des Londoner Flottenvertrages im letzten Frühjahr das bedeutendste Ereignis für Japans auswärtige Beziehungen in der letzten Zeit gewesen sei.

Bei der Besprechung der Beziehungen Japans zu Rußland erwähnte der Minister lediglich die Entwicklung des Handels zwischen diesen beiden Staaten. Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Jahre 1924 habe sich der russisch-japanische Handel verdreifacht.

Kommunistenbewegung in China.

London, 19. Januar. (R.) Einer „Times“-Meldung aus Shanghai zufolge belegen amtliche Berichte über den Feldzug gegen die Kommunisten in Süb-Kiangsi, es seien erbitterte Kämpfe im Gange. Die Regierungstruppen hätten den Bezirk umstellt, und ein baldiger Erfolg sei zu erwarten.

Der Evangelische Frauenbund in Deutschland hat sich an das preussische Innenministerium mit der Bitte gewandt, die Verlegung der Internationale der Gottlosen von Moskau nach Berlin nicht zuzulassen.

Die letzten Telegramme.

London, 22. Januar. (R.) Das englische Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über die Verlängerung des schulpflichtigen Alters bis zum 15. Lebensjahr gestern abend in dritter Lesung endgültig angenommen.

Steuerloses Schiff.

London, 22. Januar. (R.) Ein englischer Dampfer, der auf dem Wege von Kanada nach Hamburg ist, treibt zurzeit steuerlos auf dem Atlantischen Ozean.

Paris, 22. Januar. (R.) Im spanischen Hafen Bilbao sank ein mit Dynamit beladenes Schiff infolge einer Kesselexplosion. Zwei Personen kamen ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Verhaftung eines italienischen Finanzmannes.

Paris, 22. Januar. (R.) Wie dem „Journal“ aus Rom gemeldet wird, ist der italienische Finanzmann Gualino, der die Duxtrichant in Paris mit der Einführung der Snia Biscosa Aktien an der Pariser Börse beauftragt hatte, auf eine Klage der Bank von Italien in Turin festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert worden.

Grippe.

Paris, 22. Januar. (R.) In Südfrankreich hat sich die Grippe stark ausgebreitet. In einer Stadt sind sämtliche Briefträger an der Grippe erkrankt, so daß die Post zurzeit nicht mehr ausgetragen werden kann.

Die Kommunisten in China.

London, 22. Januar. (R.) In der südjapanischen Provinz Kiangsi sind von neuem kommunistische Unruhen ausgebrochen. Den Kommunisten ist es gelungen, die Hauptstadt dieser Provinz, die von ihnen schon einmal mehrere Monate lang besetzt gewesen war, wieder in ihre Gewalt zu bekommen.

Statt Karten!

Heute vormittag 10¹/₂ Uhr entschlief nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit dem hl. Sterbesakrament, mein lieber Mann, unser herzenguter, inniggeliebter Vater

Michael Gurski

im fast vollendeten 74. Lebensjahre.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Wladyslawa Gurski als Frau

Leo
Margarete
Anna-Maria } als Kinder

Sroba, den 21. Januar 1931.

Die Beerdigung findet Sonnabend, dem 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Möblierte Wohnung

2 Schlafzimmer, 1-2 Wohnzimmer mit Komfort an ruhiger Straße, Villa bevorzugt, von erstklassiger, ruhiger Familie 4 erwachsene Personen, zu baldigst **gesucht**. Offerten unter 365 an die Geschäftsstelle dieser Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gebildeter Kaufmann

erfahrener Leiter und Organisator industrieller und kaufmännischer Großbetriebe, mit reichen landwirtsch. Kenntn., lebhaft zielbewußt, in den besten Lebensjahren, evangl., poln. Staatsang., mit gut. Charakter, repräsent., wünscht **Einheirat** in kaufm., industriell. oder landw. Betrieb. Damen im Alter von 30-45 Jahren wollen ihre werten Zuschriften richten an Reklama Polska, Poznań, Al. Marcinkowskiego 6 unter 5832. **Discretion Ehrensache**

Verein Deutscher Sängers
Sonnabend, den 24. Januar 1931

8¹/₂ Uhr im Zoologischen Garten

33. Stiftungsfest

und Festveranstaltung anlässlich des 25jährigen Dirigentenjubiläums des 1. Siedermeisters Walter Kroll.

Sintrittskarten zum Preise von 1.65 zł für Mitglieder und 2.60 zł für Gäste bei Herrn Mönning, Firma Peschke, Sm. Marcin 21, und an der Abendkasse.

Belz, Anzug u. Paletot für mittl. Figur, umständlich, soj. z. verkaufen, Rybati 29, 3 Tr. links.

Eiserne Bettgestelle Westfälische Kochherde Eiserne Oefen Wäschemangeln Aluminiumtöpfe Plättisen Kaffeemühlen Portierenstangen Messer u. Gabeln Ess- u. Teelöffel Leischhackmasch. Werkzeuge Baubeschläge Hufeisen - Hufnägel H - Stollen Keilstollen Strohpressendraht empfiehlt billigst **JAN DEIERLING** Poznań, Szkoła 5 Tel. 35 18, 35 43

Die letzten 2 Fasanentage! Fasanenhähne Stück 5.00 Perlhühner Mastputen empfiehlt **Josef Glowinski** Poznań, ul. Gwarna 13

Verband Deutscher Angestellter in Polen, Poznań.

Zu der am Freitag, dem 30. Januar d. Js., abends 8 Uhr in den Räumen der Grabenloge, ul. Grobla 25, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

laden wir unsere Mitglieder ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Bericht der Kassenprüfer.
4. Entlassung des Vorstandes.
5. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen.
6. Haushaltsplan für 1931.
7. Anträge und Verschiedenes.

Sollte die einberufene Hauptversammlung wegen zu geringer Beteiligung nicht beschlußfähig sein, so findet eine Stunde später eine zweite Hauptversammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist.

Der Vorstand
(-) Guido Bachr.

Reclams Universal-Bibliothek

Brauchle: Naturgemäße Lebensweise
Brauchle: Hypnose u. Autosuggestion
Egon v. Kapherr: Weidwerk und Volk

Reclam

Romain Rolland: Empedokles
Unamuno: Die Höhle des Schweigens
Thomas Mann: Tristan

Bücher

Was muß jeder Kraftfahrer von den gesetzlichen Bestimmungen wissen?
Von Dr. R. Hey

40 Pfg.

Der Große Krieg 1914-1918. Von K. L. v. Oertzen
Svend Fleuron: Der Kater Mi Rössh
Deutsche Dichtung der Gegenwart. Von Paul Fechter

IN ALLEN BUCHHANDLUNGEN

Auslieferung für Polen durch die

CONCORDIA Sp. Akc.

Abt. Groß-Sortiment
Poznań, Zwierzyniecka 6.



Bettfedern und Daunen
hyg. gerein., Oberbett., Kissen, Unterbetten, Daunendeck., Dekorationskissen billigst

Emkap, Poznań, Wroclawska 30, Tel. 5803.
Hng. Bettfedernreinigungsanstalt.



Konditorei u. Kaffee
G. Erhorn
Poznań
Fr. Ratajczaka 39
Tel. 32-28.



Drahtgeflechte
4 und 6eckig für Gärten und Geflüge, Drähte, Stacheldrähte, Preisliste gratis
Alexander Maennel
Fabryka ogrodzeń drucianych NOWY TOMYSL 5 (Woj. Pozn.)

Alle Anzeigen

Wohnungs-Anzeigen
Geschäfts-Anzeigen
An- und Verkäufe
Heirats-Anzeigen
Offene Stellen
Stellen-Gesuche
Reklamen
haben im

„Posener Tageblatt“
größten Erfolg

Kleineres Gut

(300-500 Morgen) guten Mittelboden, von einem leb. strebs. Landwirt zu **pachten gesucht**. Wenn möglich eiserner Bestand, wo 30-35 0 0 zł genügen. Uebernahme 1. April 1931, evtl. früher. Gefl. Off. u. 331 a. b. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Angenehmes Balkonvordzimmer

für 2 Personen, Poznań, Motowa 14. i rechts

Landwirtschtochter

29 J. alt, ev., 45 000 zł Vermögen ruhig. Charakter, wirtschaftl. erzog., wünscht **Einheirat** in Landwirtschaft. von 3-400 Mrg. Gefl. Zuschr. erb. unter **Post 15** postlagernd Grudziądz (Pomorz.)

Landwirt

34 J. alt, kath. übernimmt dät. Gut von 250 Morg. u. wünscht strebsame Landwirtschtochter mit ca. 30 000 zł zwecks **Heirat** kennen zu lernen. Gefl. Zuschr. erb. unter **Post 2** postlagernd Grudziądz.

See-Villa

hauszinssteuerfrei, 3 Wohnungen, mit allem Komfort, sehr preiswert entl. bei 2000 M. Anzahlung sofort zu verkaufen.

Franz Bosdorf, Betzje (Grenzmarkt)

Ladenlokal mit Wohnung gleich wo

von jüdischer Firma verkauft, sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote mit Preis u. 367 an d. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Torf billiger.

Tausend St d 4. - zł **jeht gute Abfuhr.** **Schenbel** Orłowo, pow. Oborniki.

Motor

Rohöl od. Benzin, bis 10 PS, zu kaufen gesucht. **A. Meller** Fabryka zegarów Rogozno.

Arbeitsmarkt

Junges Mädchen aus der Landwirtschaft sucht Stellung in größerem Haushalt als **Stütze** oder **Kindertöchterlein** Off. u. 369 a. b. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Geht zum 15. Februar od. 1. März **Stütze** mögl. dtsch-kath., die kochen kann und im Landhaushalt erfahren ist. Ang. u. 379 an die Gechl. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Älteres Fräulein, polnisch-deutsch sprechend, im Haushalt. Weißnähen bewandert, sucht Stellung als **Stütze od. Kinderfräul.** auch zu kränklicher Dame. Off. u. 371 a. b. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Landwirtschtochter, 19 J. alt, in Gutshaus, Stelle als **Kochlehrling** von bald oder später. Gefl. Off. bitte zu richten u. 377 an die Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Landwirtschtochter, 21 Jahre alt, i. Küche-, Nähen, Plätten bewandert, sucht Stell. als **Stuben-alleinmädch.** Off. u. 378 a. b. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Junges, besseres Mädchen sucht Stell. als **Hausdöchter** zu Kindern od. zu einzelner Dame mit Familienanschl. Nur allen häusl. Arbeiten vertraut. Gefl. Off. an er **„Hausdöchter“** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Blinde Stuhlflechterin sucht baldigst Arbeit. Angebote an Schwester **Augusta Schönberg**, ul. Patr. Jacowfkiego 3.

Suche vom 1. Februar 1931 Stellung als **selbständige Buchhalterin**. Stenogr. u. Schreibm., sowie d. deutsch. u. poln. Sprachm. mächtig. Gute Zeugnisse u. Referenzen vorha. den. Gefl. Off. u. **„Buchhalterin“** a. d. Geschäftsst. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Alleinstehende Witwe ohne Anhang sucht **Stellung** in frauenlosen Haushalt als Wirtschaftlerin. Off. u. 1766 a. b. Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Buchhalter, dtsch-poln. Korrespondent, flotter Maschinenschreiber, mit ämtl. Arbeiten vertraut, sucht sof. Stellung. Gehalt gleichgültig. Off. unt. 366 an die Gechl. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Tücht. Zahntechniker sucht von sofort od. später Stellung. Im Polnischen perf. Off. an **Vocke**, Strzalkowo, ul. Wodna.

Zum 1. April suche ich mit eigenem Personal **Obermelker-Stelle** auf großem Gute zu jeder Anzahl Kühe mit R. zucht. In leht. Stelle bei 130-150 Milchfähen 6 Jahre, worüber beste Zeugnisse und Empfehlungen zur Seite stehen. Beim Militär war ich Wachtmeister. Gefl. Offerten an **Feliks Maciejewski**, Karowice poczta Kobylnica, powiat Poznań.

Tücht. unverheirateter Stellmacher mit eigenem Handwerkszeug, mitärfrei, vertraut mit sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen, sucht vom 1. April **Stellung** Offerten unter 372 an die Gechl. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Jeder Landwirt besorge sich den

Landwirtschaftlichen Taschenkalendar für Polen 1931

Er enthält belehrende Aufsätze, Tarife, praktische Winke und die verschiedensten Hilfstabellen für den deutschen Landwirt in Polen. Handliches Taschenformat - Zu beziehen durch alle Buchhandlungen - Ganzleinenband.